bbz
Berliner Bildungszeitschrift

GEW BERLIN
72. (87.) JAHRGANG
DEZEMBER 2019

Helfende Hände

Unterstützungssysteme in der Schule

SENIORITA
Älterwerden ist kein Gefühl

BERUFLICHE BILDUNG
Viel vom Digitalpakt wird nicht bleiben

TENDENZEN
Wenn die AfD den Kultusminister stellt

INHALT

Leute | Standpunkt | kurz & bündig | Impressum | Leser*innenforum ... 3-5, 35

TITEL

Unterstützungssysteme in der Schule ... 6

Interview mit Matthias Meyer: Kinder haben das Recht, dass wir uns um sie kümmern *R. Schiweck* ... 8

Als Schulberaterin am SIBUZ Mitte *K. Wegener* ... 12

Was macht die Schulsozialarbeit ... 13

Kooperation zwischen Schule und Jugendamt *H. Schlizio-Jahnke / M. Honisch* ... 14

Die aufsuchende Zusammenarbeit mit Eltern kann viel bewegen *J. Henning* ... 15

SENIORITA

Ich will, was alle wollen *M. Maron* ... 19

Die Stadtmusikanten suchen eine Leitung *M. Rebitzki* ... 21

Wer war Lotte Eifert? *K. Will* ... 22

SCHULE

Hilfe für Kinder mit Rechenschwierigkeiten *K. Tretter* ... 18

Eine Zeitzeugin erzählt vom Überleben *J. Zeller* ... 23

GEWERKSCHAFT

Der LAMA braucht dich! *G. Siegel* ... 25

Wer spielt mit mir *T. Kaepernick* ... 26

Berufsverbote an der TU Berlin *L. Nareyek* ... 27

BERUFLICHE BILDUNG

Der Digitalpakt reicht nicht *R. George / A. Klinger* ... 28

TENDENZEN

Das Bildungsverständnis der AfD *J. Schultheis* ... 30

Der Lebensweg des Kurt Aron *B. Förster* ... 33

GLOSSE

Malve isst nichts Rotes *G. Frydrych* ... 34

SERVICE

Theater | Bücher | Materialien | Aktivitäten ... 36

SENIORITA 19 Wir beobachten es an anderen. Selbst fühlen wir es nicht. Doch irgendwann wissen wir alle: Wir werden alt. Auch Monika Maron denkt über das Älterwerden nach. Es ist unaufhaltsam und unvorstellbar. Und es verbindet uns alle.

BERUFLICHE BILDUNG 28 5,5 Milliarden Euro soll der Digitalpakt des Bundes in die Schulen spülen. Das klingt nach viel. Aber wie viel bleibt angesichts des großen Investitionsstaus, wenn das Geld auf alle Schulen verteilt wird? Ansgar Klinger und Roman George haben nachgerechnet, was der Digitalpakt für die berufliche Bildung bedeutet.

TENDENZEN 30 In den ostdeutschen Bundesländern ist die AfD spätestens mit den letzten Wahlen zu einer festen Größe im Parteienspektrum geworden und eine Regierungsbeteiligung der rechtsextremen Partei ist in absehbarer Zeit durchaus möglich. Was es bedeuten könnte, sollte es einmal eine AfD-Kultusminister*in geben, beschreibt Joshua Schultheis in seiner Analyse.

TITELBILD: BERTOLT PRÄCHT; OBEN: PIXELIO/JOHANNES HEIDE; MITTE: ADOBESTOCK/WILLYAM; UNTEN: IMAGO IMAGES / PHOTOTHEK

LEUTE

Maja Lasic hat sich auf dem SPD-Landesparteitag gemeinsam mit ***Melanie Kühnemann-Grunow*** mit ihrem Vorstoß für die Verbeamtung von Lehrkräften durchgesetzt. Unwiderstehlich war das Angebot, dass Lasic den Gegner*innen der Verbeamtung machte, die sich auf dem letzten Parteitag noch in der Mehrheit befanden. Allen Lehrkräften, die nicht (mehr) verbeamtet werden können oder wollen, bietet der SPD-Beschluss einen »Ausgleich« in Form einer Absenkung der Unterrichtsverpflichtung um vier Stunden. Diese Absenkung soll »schrittweise eingeführt, jedoch innerhalb der Legislatur abgeschlossen werden, in der auch die Verbeamtung eingeführt wird«. Es wird spannend sein, wie die SPD diesen Beschluss in die Tat umsetzen will.

Silke Gebel und ***Regina Kittler*** haben für die beiden Koalitionspartnerinnen der SPD bereits klar abgesagt: eine Verbeamtung wird es in dieser rot-rot-grünen Koalition nicht geben. Gebel, Fraktionschefin der Grünen, gab zu Protokoll, sie gehe davon aus, dass die Verbeamtung mehr Probleme schaffe als löse. Sowohl die Grüne als auch Kittler für die Linke sehen die Lösung in der Begegnung des Lehrer*innenmangels darin, die Schulen als Arbeitsplatz attraktiver zu machen.

Lotte Eifert, Elisabeth Ostrowiecki, Kurt Aron: drei Menschen, zwei von ihnen Lehrkräfte, die im Nationalsozialismus verfolgt und entrechtet wurden. Die Geschichten von allen dreien finden sich in dieser *bbz*. Unser Gedenken lebt, erst recht, weil Antisemitismus und Rassismus wieder salonfähig werden. Auch hierzu haben wir einen Beitrag in dieser Ausgabe. Wenn auch du eine Geschichte hast, von einem Kollegen oder einer Kollegin, die erzählt werden muss, ob von früher oder heute, dann schreib uns: *bbz@gew-berlin.de*

Durchstarten in 2020

Für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst wird es im neuen Jahr spürbar mehr Geld geben

Doreen Siebernik, Vorsitzende der GEW BERLIN

Nur noch drei Wochen bis zum Jahreswechsel und dann ist es soweit: Ab Januar 2020 werden nun endlich tausende Berliner Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen in die neuen S-Tabellen des TV-L übergeleitet. Das bedeutet für einen Großteil der Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen, die beim Land Berlin beschäftigt sind, eine deutliche Gehaltserhöhung.

Diesen großen Erfolg haben wir uns selbst erkämpft! Endlich! Ohne unsere beeindruckenden Streiks im Frühjahr 2019 wäre dieses Ergebnis nicht möglich gewesen. Erinnern wir uns: Zehntausende Berliner Kolleg*innen beteiligten sich. Über 30 Prozent aller Streikenden bundesweit kamen aus Berlin und die Straßen und Plätze waren erfüllt von unseren roten Streikwesten.

Das Tarifergebnis von 2019 zum TV-L beinhaltet für einige Gruppen grundlegende Veränderungen. Es beinhaltet langfristig substanzielle Gehaltssteigerungen für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst, auch durch neue Eingruppierungen von koordinierenden Erzieher*innen, Kita-Leitungen und Sozialarbeiter*innen. Die Überleitung erfolgt übrigens automatisch, ohne separate individuelle Anträge.

Die Verständigung zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften hat in den Redaktionsverhandlungen mehr Zeit und Arbeit als in allen Verhandlungsrunden davor in Anspruch genommen. Entsprechend komplex sind die neuen Regelungen. In einem umfangreichen Tarifinfo versuchen wir alle Fragen zu beantworten, die unter anderem die Überleitung, neue Eingruppierungen und die Berücksichtigung der Erfahrungsstufen betreffen. Ihr findet es auf unserer Webseite unter *www.gew-berlin.de*. Wir planen für den Januar auch Infoveranstaltungen zum Thema. Auch diese Termine findet ihr auf unserer Webseite. Selbstverständlich machen wir jetzt auch unsere GEW-Personalräte fit, denn es wird ganz sicher viele Fragen geben und die wir wollen gut beantworten. Das ist unser Aushängeschild. Starke Personalräte vor Ort, die zuhören, verstehen und die Antworten wissen. Vielen Dank an all unsere Kolleg*innen in den Personalräten sowie die Frauen- und Schwerbehindertenvertreter*innen.

Erkämpft und durchgesetzt haben wir auch, dass seit August jetzt im Land Berlin alle vollausgebildeten Lehrkräfte, die in der A12/EG 11 waren, höhergruppiert werden. E13/A13 für die Grundschullehrkräfte – auch das ist unser gemeinsamer Erfolg! Wir sind das erste Bundesland, das die Regelungen so umfassend auch für die Bestandslehrkräfte umgesetzt hat. Über 6.000 Lehrkräfte können sich über die höhere Bezahlung freuen.

Wir können uns also durchaus ein wenig feiern: 2019 ist uns Historisches gelungen. Und doch warten auch im neuen Jahr große Herausforderungen. Der Fachkräftemangel bestimmt in allen Bildungsbereichen die tägliche Arbeit. Die eigenen Ansprüche an die pädagogische Qualität bleiben zu oft im Alltag auf der Strecke. An diesen Themen und vielen anderen werden wir weiterarbeiten, uns einmischen und den politisch Verantwortlichen auf die Füße treten.

Allen wünsche ich einen guten Jahreswechsel und ein paar erholsame Tage – wo und mit wem auch immer! Ich wünsche uns allen: Zeit für mehr!

FOTO: FOTOSTUDIO CHARLOTTENBURG

Wer gutes Essen für seine Kinder haben will, dem darf nicht egal sein, wie die Arbeitsbedingungen derjenigen aussehen, die das Essen zubereiten. 100% öffentlich finanziert, 0% tarifgebunden? Das wollen NGG, GEW und DGB nicht länger hinnehmen und haben diese Botschaft den Delegierten des SPD-Landesparteitags am 26. Oktober vor dem Tagungshotel mit auf den Weg gegeben *(mehr in der ersten Meldung)*. FOTO: DGB

Gute Arbeit für gutes Schulessen

Weniger als die Hälfte aller Berliner Arbeitnehmer*innen erhält Tariflohn, weil immer weniger Unternehmen tarifgebunden sind. Das liegt auch an der Auftragsvergabe des Landes und der Bezirke. Auch ohne umfassende Prüfung kann man sagen, dass in keinem anderen Bereich der Daseinsvorsorge die Tarifbindung schlechter ist als bei der Schulverpflegung. Sie liegt nämlich bei 0,0 Prozent! Seit Beginn des Schuljahres ist das Schulessen für Grundschüler*innen kostenlos. Das ist gut für die Kinder, schafft allerdings auch bekanntermaßen viele Probleme in den Schulen. Kein neues Problem ist die Tatsache, dass alle gutes Essen wollen, qualitativ hochwertig und mit möglichst viel Bio-Zutaten, aber die Arbeitsbedingungen bei den Schulcaterern alles andere als gut sind. Obwohl selbst die Bundesregierung in einer aktuellen Studie (Nationales Qualitätszentrum für Ernährung in KiTa und Schule) zur Preisstruktur der Schulverpflegung explizit den Tarifvertrag für das Hotel- und Gaststättengewerbes als Kalkulationsgrundlage benennt, wendet in Berlin kein einziges Unternehmen diesen Tarifvertrag an. Die Tarifbindung stärken wollen inzwischen viele, auch die SPD. Zeit, dass nicht nur geredet, sondern auch gehandelt wird.

Deutschland hinkt bei IT hinterher

Einer Studie des Westdeutschen Rundfunks zufolge bewerten Schulleitungen die IT-Situation an Deutschlands Schulen mit der Note 3,8. Besonders schlecht schneidet in der Bewertung die Ausstattung mit Tablets und interaktiven Tafeln ab (4,0 und 4,5). Auch die neue ICILS-Studie zu IT-Kompetenzen von Neuntklässlern zeigt gravierende Defizite auf: Ein Drittel der Schüler*innen verfügt demnach nur über rudimentäre Kompetenzen. Zurückgeführt wird das auch auf die schlechte IT-Ausstattung. So verfügen nur ein Viertel der deutschen Schulen über einen W-Lan-Anschluss.

Berlin ist zulassungsbeschränkt

An Berliner Hochschulen gibt es bundesweit die höchste Quote an zulassungsbeschränkten Studienfächern. 67 Prozent der Studiengänge sind zulassungsbeschränkt, bundesweit sind es nur 40,7 Prozent. Angesichts der hohen Hürden einen der begehrten Berliner Hochschulplätze zu ergattern, fordern Abgeordnete verschiedenster Parteien, über eine Abschaffung des Numerus Clausus nachzudenken. Der emeritierte Politikprofessor Peter Grottian hat in der Berliner Zeitung bereits vorgerechnet, was das kosten würde: 200 Millionen Euro jährlich für das zusätzlich benötigte Lehrpersonal, wenn die schätzungsweise 275.000 abgelehnten Studienbewerber zu den bereits eingeschriebenen 195.000 noch hinzukämen.

Deckelung der Kita-Beiträge zulässig

Das Berliner Verfassungsgericht hat entschieden, dass die Deckelung der Zusatzzahlungen in Berliner Kitas auf 90 Euro im Monat rechtens ist. Ein Kita-Betreiber und mehrere Eltern hatten gegen das 2018 verabschiedete Gesetz geklagt. Bestätigt wurde auch das Meldeverfahren für die Zuzahlungen, nachdem die Träger genau anzeigen müssen, für welche Leistungen sie Zuzahlungen erheben. Denn eigentlich sind Kitas in Berlin kostenlos. Laut Berliner Morgenpost erheben insgesamt 1.934 Einrichtungen, und damit 74 Prozent der Kitas, Zuzahlungen. Häufigste Gründe sind die Vesper (in 54 Prozent der Kitas, durchschnittliche Kosten: 9,40 Euro) und das Frühstück (52 Prozent, 12,50 Euro). Ein Viertel der Einrichtungen erhebt Zusatzgebühren für »ergänzende pädagogische Angebote«, durchschnittlich im Umfang von 15,60 Euro.

Islamische Theologie an der HU

Das Institut für Islamische Theologie hat zum Wintersemester an der Humboldt Universität seine Arbeit aufgenommen. 55 Studierende haben ihr Studium an dem Institut aufgenommen, dessen Gründung kritisch begleitet worden war, weil im Beirat die liberalen und progressiven Islam-Verbände nicht vertreten sind. Insgesamt studieren in Deutschland bereits 2.500 Menschen Islamische Theologie. Die Mehrheit ist weiblich und will Lehrerin für Religionspädagogik werden.

Für Schulsanierung fehlen die Papiere

In Mitte und Tempelhof-Schöneberg werden sich die geplanten Schulsanierungen laut einem Bericht der *Berliner Morgen-*

Ab Januar 2020 bekommt ein Großteil der Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen, die beim Land Berlin beschäftigt sind, eine deutliche Gehaltserhöhung. Dafür haben wir gemeinsam gekämpft *(mehr auf S. 3).*

PLAKAT: GEW, FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

post wohlmöglich verzögern. Grund ist, dass die Bezirke die erforderlichen Bauplanungsunterlagen für insgesamt 11 Schulen, die als besonders sanierungsbedürftig gelten, nicht fristgerecht bei der Finanzverwaltung eingereicht haben. Liegen diese nicht vor, können die Sanierungskosten nicht mehr im Bezirksetat berücksichtigt werden. Die Verzögerung bei der Erstellung der umfangreichen Unterlagen liegt nach Auskünften der Bezirke auch an der Personalnot in Bau- und Schulämtern.

Schulsozialarbeiter*innen gesucht

Schulsenatorin Sandra Scheeres will zum kommenden Schuljahr 2020/21 150 neue Stellen für Schulsozialarbeiter*innen schaffen. Im Jahr darauf sollen noch einmal so viele Stellen hinzukommen. So will Scheeres an jeder Schule mindestens eine*n Schulsozialarbeiter*in beschäftigen. 15,5 Millionen Euro stehen dafür im Doppelhaushalt 20/21 zur Verfügung. Abhängig von der sozialen Lage der Schule, ihren Herausforderungen und ihrer Größe könnten es auch mehr Stellen sein, versprach die Senatorin. Oberstes Ziel der Maßnahme ist es, die hohe Schulabbruchquote zu reduzieren, die bei rund zehn Prozent liegt.

Auch Beschäftigte an Hochschulen verdienen Ballungsraumzulage

Die GEW BERLIN fordert den Regierenden Bürgermeister und Wissenschaftssenator Michael Müller auf, die geplante Ballungsraumzulage auch den Beschäftigten der staatlichen Berliner Hochschulen zu zahlen. »Es gibt keinen Grund, weshalb die Beschäftigten der Hochschulen schlechter behandelt werden sollten als diejenigen, die unmittelbar beim Land Berlin angestellt sind«, betonte die Vorsitzende der GEW BERLIN, Doreen Siebernik, in einem Schreiben an Müller. »Der Grundsatz des Besserstellungsverbots aus der Landeshaushaltsordnung darf sich nicht in ein Schlechterstellungsgebot verkehren«, forderte Siebernik. Unterdessen stellte Finanzsenator Matthias Kollatz gegenüber dem DGB klar, dass es kein zusätzliches Geld für die Hochschulen gibt, damit die ihren Angestellten auch die Berlin-Zulage zahlen. Das gebe der Haushalt nicht her. Pikant: Die verbeamteten Professor*innen kriegen die Zulage jedoch. Das nehmen DGB und GEW nicht hin und kämpfen für die Angestellten der Hochschulen.

Berlin einmal mehr Schlusslicht

In regelmäßigen Abständen machen Schulvergleichsstudien Schlagzeilen, in denen Berliner Schüler*innen regelmäßig einen der hinteren Plätze belegen. Dem neuen Bildungstrend des Berliner Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) zufolge ist Berlin neben Bremen das Land, bei dem die wenigsten Schüler*innen in den Fächern Mathe, Bio, Chemie und Physik die Mindeststandards für den Mittleren Schulabschluss erreichen. In Mathe verfehlt jede*r dritte Schüler*in die Standards. Während Schulsenatorin Scheeres erneut viel Kritik einstecken musste, verteidigte sich die Senatorin damit, dass Berlin deutlich mehr Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf und auch weit mehr Geflüchtete in die Regelschulen integriert als es Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg tun. Auch die GEW sieht die ständigen Rankings kritisch und fordert stattdessen mehr Unterstützung für die Schulen in besonders schwierigen Lagen.

ÜBRIGENS

Gerade hat es begonnen und schon nähert es sich wieder seinem Ende. Das Jahr 2019 ist fast vorbei. Geht das nur mir so oder vergeht für euch die Zeit auch immer so im Fluge?

Eigentlich ein gutes Zeichen, weil es heißt, dass sich viel bewegt und passiert. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, mal innezuhalten und uns eine Pause zu gönnen. Wir hetzen häufig durch den stressigen Alltag, von einem Termin zum nächsten, und vergessen dabei die wirklich wichtigen Dinge.

Welche das sind, kann nur jede*r von uns für sich selbst beantworten. Vielleicht nutzt ihr die Pause über die Feiertage und stellt euch einmal wieder die Frage. Ich glaube, das tun wir viel zu selten. In diesem Sinne: Habt eine schöne Adventszeit, entspannt euch, schöpft Kraft und kommt gut in 2020 an.
Bis dahin! *CMdR*

VON MITGLIEDERN FÜR MITGLIEDER

Die Redaktion freut sich über Beiträge zu vielfältigen Themen, von jedem GEW-Mitglied. ***Also schreibt für die bbz!*** Schickt eure Texte an bbz@gew-berlin.de und bringt euch ein!

REDAKTIONSSCHLUSS – IMMER MITTWOCH

März 2020: 22. Januar
April 2020: 26. Februar

IMPRESSUM

Die *bbz* ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Caroline Muñoz del Rio (verantwortlich), Markus Hanisch (geschäftsführend), Janina Bähre, Doreen Beer, Josef Hofman, Manuel Honisch, Antje Jessa, Arne Schaller, Ralf Schiweck, Folker Schmidt , Joshua Schultheis, Bertolt Prächt (Fotos), Doreen Stabenau (Sekretariat).
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax –49, E-Mail bbz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion. Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 15 vom 1.11.2018
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler, Erkelenzdamm 9, 10999 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, E-Mail info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Grenzgrabenstr. 4, 13053 Berlin

ISSN 0944-3207 12/2019: 31.300

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Änderungen vor. Beiträge nur per E-Mail einsenden. Die in der *bbz* veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

FOTO: BERTOLT PRÄCHT

Helfende Hände

Unterstützungssysteme in der Schule

Die Arbeit in der Schule ist nie leicht, erst recht nicht in einer Stadt wie Berlin. Die Kinder bringen die Probleme aus der Stadtgesellschaft, aus ihrem Kiez und ihrer Familie mit in die Schule. Die Pädagog*innen fühlen sich mit der Vielzahl an Herausforderungen oft alleine gelassen. Dabei gibt es durchaus eine Vielzahl an Unterstützungssystemen, an helfenden Händen in der Stadt. Manche Schulen haben ein beispielgebendes Unterstützungsnetzwerk aufgebaut, intern und in der Vernetzung mit externen Stellen. Fachdienste und Einrichtungen der Jugendhilfe ergänzen die Ressourcen, die das System Schule selbst vorhält.
Auf der anderen Seite sind viele Angebote zu wenig bekannt oder aus verschiedensten Gründen nicht wirklich passgenau. Wir versuchen in dieser Ausgabe der *bbz* einige positive Beispiele aufzuzeigen, manchmal auch mit lokalen Einschränkungen, aber nicht ohne unsere Hoffnung, Anregungen gegeben zu haben. Natürlich ist dies nur ein kleiner Ausschnitt ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Vielleicht ist auch vieles längst bekannt. Aber manchmal hilft doch ein kleiner Blick über den Zaun.

So lassen wir im Wesentlichen Praktiker*innen zu Wort kommen, die aus ihrer persönlichen Erfahrung einschätzen können, was läuft und was eher nicht. Natürlich haben wir die Vertreter*innen aus der Praxis auch gebeten, kritische Aspekte ihrer Arbeit aufzuzeigen. Wir wissen, dass unsere Leser*innen selbst eine große Portion Erfahrungen beisteuern können, bestärkend oder kritisierend. Über Zuschriften und Meinungsäußerungen freuen wir uns sehr.

Ralf Schiweck und Manuel Honisch,
Redakteure der bbz

»Kinder haben das Recht, dass wir uns um sie kümmern«

Matthias Meyer, Schulleiter der »Grundschule am Stadtpark Steglitz«, spricht mit unserem Redakteur Ralf Schiweck über interne und externe Hilfenetze, über Inklusion und Ausschluss und über die Schwierigkeit, jeden Tag für die Kinder da zu sein

Das Interview führte Ralf Schiweck

Unterstützungssysteme für die Schule

Integrationsstatus
(»I-Status«) – Förderbedarf im Nachmittagsbeziehungsweise Freizeitbereich. Die Schule beziehungsweise der Nachmittagsbereich der Schule bekommt dafür zusätzliche Erzieher-innenstunden.*

*Lieber Matthias, du warst früher als Sonderpädagoge in Tempelhof-Schöneberg tätig. Seit sieben Jahren bist du jetzt Schulleiter. Was rätst du den Pädagog*innen, wenn sie zu dir kommen und ein Problem mit einem Kind, mit Eltern oder ein anderes Anliegen haben? Was ist das erste, was du in die Wege leitest?*

Meyer: Nach wie vor stehe ich gerne selbst als Ansprechpartner für Kolleg*innen, Eltern und andere zur Verfügung. Das hat sich auch nicht verändert, seit ich Schulleiter bin. Es kennzeichnet die Philosophie unseres Hauses, dass wir uns die notwendige Zeit nehmen, um mit den Ratsuchenden gemeinsam nach Lösungen zu forschen und eine schwierige Situation zu »entknoten«. Da spielt die Beziehung, die man zueinander hat, eine sehr große Rolle. Vielleicht bin ich ja gar nicht der »richtige« oder »beste« Ansprechpartner. In diesem Fall lenke ich in Richtung unserer Sonderpädagog*innen und Schulsozialarbeiter*innen. Diese fantastische Ressource nutzen wir täglich! Ich werbe also stets für das gemeinsame Gespräch und dafür, Eltern in und mit ihrer Sorge ernst zu nehmen, empathisch auf ihre Hinweise, Ängste, Bedenken einzugehen und diese miteinander zu besprechen.

Welche Ressourcen »von außen« nutzt ihr?

Meyer: Wir pflegen einen guten Kontakt zum »SIBUZ«, dem Schulpsychologischen und inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentrum. Regelmäßig tauschen wir uns mit dem dort ansässigen sonderpädagogischen und schulpsychologischen Bereich im Rahmen der »kooperativen Sprechstunde«aus. Ebenso wichtig ist die gute Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD) und dem Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD). Sehr bedeutsam ist auch ein produktiver Austausch und ein vertrauensvolles Miteinander mit dem Regionalen Sozialen Dienst (RSD) des Jugendamtes. All diese Bereiche sind wichtige Partner des außerschulischen Netzwerkes, das oftmals positive Auswirkungen auf die innerschulischen Prozesse hat. Das gilt übrigens auch für die umliegenden Freizeiteinrichtungen, denn in diesen bewegen sich nicht wenige unserer Schüler*innen am Nachmittag. All diese Fachdienste und Fachleute sollen und müssen wissen, dass wir uns an unserer Schule sehr stark engagieren, um den Herausforderungen, denen wir uns täglich gegenübersehen, pädagogisch zu begegnen und zielführende Antworten zu finden.

FOTO: BERTOLT PRÄCHT

Was ist eigentlich eine Schulhilfekonferenz? Habt ihr Erfahrung damit?

Meyer: Wir laden regelmäßig zu Schulhilfekonferenzen ein. Das heißt, dass Fachleute von außen an die Schule kommen, um gemeinsam mit den Pädagog*innen und den Eltern über einen Fall zu beraten. Ich werbe aber auch immer in Richtung des Jugendamtes darum, uns zu den Hilfekonferenzen des RSD einzuladen, wenn dort auch der schulische Bereich eines unserer Kinder besprochen wird. Wir organisieren gern, dass Kolleg*innen von uns anwesend sind. Das sollten im besten Falle Lehrkräfte sein, es können aber auch unsere Schulsozialarbeiter*innen sein. Gut funktioniert die Zusammenarbeit mit dem St. Joseph-Krankenhaus. Dies ist das für uns zuständige Krankenhaus für seelische Gesundheit im Kindes- und Jugendalter, das im Bedarfsfall Kinder stationär oder teilstationär aufnimmt. Wir sind mit der dortigen Klinikschule in engem Austausch, wenn es darum geht für ein Kind eine positive Perspektive zu planen. Außerdem nehmen wir an den durch die Klinik initiierten Fallkonferenzen teil. Dieses Verfahren hat sich außerordentlich bewährt.

*Du sagst, deine Kolleg*innen können an externen Konferenzen in der Regel teilnehmen. Das bedeutet auch, dass Lehrkräfte ausgeplant werden müssen, richtig?*

Meyer: Wenn wir zu den sogenannten Fallkonferenzen eingeladen werden, sorge ich dafür, dass auch Kolleg*innen vor Ort sind. Sie werden dann dafür aus dem Unterricht ausgeplant. Genau. Wenn möglich senden wir die zuständige Klassenlehrer*in mit der der Klasse zugeordneten Schulsozialarbeiter*in. Ich finde es sehr bedauerlich, wenn Fallkonferenzen ohne uns stattfinden. Ich werbe immer wieder dafür, uns zu beteiligen. Im Fall der Klinikschule sind die Fallkonferenzen außerordentlich wichtig für die Gestaltung des Übergangs zurück in die Regelschule.

Gibt es Kinder, die deiner Meinung nach in der Grundschule nicht adäquat gefördert werden können?

Meyer: Ja, gerade Kinder, deren Verhalten extrem auffällt, die in ihrer emotionalen und sozialen Ent-

»Es geht darum zu schauen, was das Kind braucht, um ins Lernen zu finden.«

Die Diagnosen dauern oft zu lange

Stimmen aus der Praxis

Ich persönlich finde die vorhandenen Hilfsangebote für Schulen angemessen. Besonders wertvoll sind unsere Sonderpädagog*innen und Schulsozialarbeiter*innen sowie unsere Integrationserzieherin. Sie sind direkt vor Ort und können schnell und direkt helfen. Diagnosen und Befunde von Ärzt*innen und Therapeut*innen sind für meine Arbeit ebenfalls hilfreich. Leider muss ich darauf meist monatelang warten. Das ist einfach zu lang, denn oft sind sie die Voraussetzung dafür, dass weitere Schritte eingeleitet werden können. In der Zwischenzeit fühlt man sich mit den komplexen Einzelfällen alleine gelassen. Als Problem empfinde ich zudem den überbordenden Papierkram. Zum Beispiel muss unsere Integrationserzieherin jedes Jahr neu den Integrationsstatus für die meisten Kinder beantragen. Eine Integrationserzieherin für die ganze Schule ist auch schlicht zu wenig. Über die angebotenen Hilfen fühle ich mich insgesamt gut informiert. Im Rahmen eines Profilkurses während meiner Ausbildung habe ich das SIBUZ in Neukölln besucht und mich über die Arbeit des KJPD informiert. Das war allerdings ein fakultativer Kurs. Beim Berufseinstieg wurde ich von meiner Arbeitsstelle nicht über die Hilfsangebote im Bezirk informiert. Ich kann mir daher gut vorstellen, dass viele Kolleg*innen nicht ausreichend Bescheid wissen. Während der Ausbildung ist bis auf den freiwilligen Profilkurs an keiner Stelle thematisiert worden, welche Stellen Beratung und Hilfe anbieten.

Pasquale Barletta,
Erzieher an der Möwensee-Grundschule im Wedding

Matthias Meyer, Schulleiter der »Grundschule am Stadtpark Steglitz«, spricht mit unserem Redakteur Ralf Schiweck

FOTO: GEW

wicklung dringend Unterstützung benötigen. Man muss immer genau schauen, ob Schule in dem ihr gegebenen Rahmen in der Lage ist, für diese Kinder eine förderliche Atmosphäre herzustellen. Manchmal ist das, realistisch betrachtet, nicht der Fall. Es geht darum zu schauen, was das Kind braucht, um ins Lernen zu finden. Deswegen halte ich die externen Angebote für Kinder, die in ihrer emotionalen und sozialen sowie psychischen Entwicklung dramatischen Förderbedarf haben, grundsätzlich für notwendig. Leider sind diese im Zuge der Inklusion immer weniger geworden. Eine aus meiner Sicht fragwürdige Entwicklung. Kleine Lerngruppen von maximal fünf bis acht Kindern, in denen individuell und ständig intensiv-pädagogisch gearbeitet wird, die braucht es mehr denn je. Wir müssen aufhören, um den heißen Brei herumzureden.

Wie funktioniert bei euch die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Professionen?

Meyer: Wenn wir Schulhilfekonferenzen organisieren, wenn wir uns in kooperativen Sprechstunden über Kinder unterhalten, dann ist es ganz klar, dass wir immer alle im Haus tätigen Professionen einbinden, Lehrer*innen, Sonderpädagog*innen, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen sowie Schulhelfer*innen. Sie alle sind »Experten« für das Kind. Vorerfahrungen, »Querdenken«, unterschiedliche professionsabhängige Blickwinkel und persönliche Kompetenzen zu bündeln, ist aus meiner Sicht unverzichtbar. Erst die Zusammenarbeit im Team befördert die Suche nach dem optimalen Ziel.

»Wir müssen der Realität Rechnung tragen, bei aller Sympathie für inklusive Ansätze.«

Wie gehen andere Eltern mit »schwierigen Kindern« um?

Meyer: Manchmal reden Eltern »gegen« ein Kind, natürlich in verständlicher und zumeist auch nachvollziehbarer Sorge um das eigene. Heutzutage wird sehr schnell eine Anzeige bei der Polizei gemacht, oder auch die Beschwerdestelle eingeschaltet, weil die Schule angeblich nichts machen würde. Diesen Eltern machen wir dann klar, jedes Kind hat das Recht, dass wir uns für dieses einsetzen. Das ist die Haltung und Vorgehensweise an unserer Schule, auch wenn sich das manchmal unglaublich schwierig darstellt. Kinder haben das Recht, dass wir uns um sie kümmern!

***SIBUZ** – Schulpsychologisches und inklusionspädagogisches Beratungs- und Unterstützungszentrum. In jedem Bezirk und für die berufsbildenden und zentralverwalteten Schulen gibt es je eins. Am SIBUZ arbeiten unter anderem Sonderpädagog*innen und Schulpsycholog*innen. Sie können von den Schulen zur Beratung angefordert werden.*

Stimmen aus der Praxis

Ohne engen Austausch geht es nicht

Schulpflichtige Kinder, die während eines längeren Klinikaufenthalts unsere Schule in der Charité besucht haben, brauchen anschließend Unterstützung bei ihrer Reintegration in die Regelschule. Dafür nutzen wir die Unterstützung vieler Systeme. Einige Kinder gehen zurück an ihre Herkunftsschule. Dann arbeite ich mit den Klassenlehrer*innen, den Sonderpädagog*innen und teilweise mit den Sozialarbeiter*innen der Schulen zusammen. Genauso läuft es, wenn eine neue Regelschule oder ein Förderzentrum für ein Kind gefunden wird. Es kommt häufig vor, dass unserer Schüler*innen für einen gewissen Zeitraum in sogenannte Schulersatzprojekte gehen. In diesem Fall kooperiere ich auch mit dem zuständigen Jugendamt.

Bei allen Kindern ist die Zusammenarbeit mit dem SIBUZ von zentraler Bedeutung. Es gibt in jedem SIBUZ »Beratungslehrer für Psychisch Kranke«. Über den gesamten Beschulungszeitraum bin ich im engen Austausch mit den zuständigen Kolleg*innen, um die Schulperspektive zu klären, natürlich auch mit den für die Diagnostik zuständigen Sonderpädagog*innen beim SIBUZ. Hinzu kommt eine ebenso enge Zusammenarbeit mit den Therapeut*innen, Ärzt*innen und mit dem Pflege- und Erziehungsdienst in der Klinik.

Ich bin jetzt seit etwas mehr als zwei Jahren an der Klinikschule. Es erweist sich als sehr hilfreich, die zuständigen Kolleg*innen aus den einzelnen Bereichen weitestgehend persönlich zu kennen. Das erleichtert die Zusammenarbeit. Ich weiß jetzt, wen ich auf welchem Weg gut erreichen kann und wer wofür zuständig ist. Das war am Anfang schwierig. Über die Angebote selbst fühle ich mich gut informiert, weil ich gut eingearbeitet wurde.

Die Unterstützungssysteme, die ich nutze, halte ich für grundsätzlich angemessen und finde sie hilfreich. Die Schulperspektiven für unsere Schüler*innen verantwortungsvoll zu planen, ist ein oft langer und zeitintensiver Prozess. Es braucht Zeit, um die Kinder und ihre Lebensumstände gut kennen und einschätzen zu lernen, sowie um eine geeignete Schule zu finden. Meistens steht uns die notwendige Zeit zur Verfügung. Unsere Schüler*innen brauchen nach dem Klinikaufenthalt jedoch meist einen ganz besonderen Rahmen, um in dem System Schule motiviert und erfolgreich lernen zu können. Einen solchen Rahmen zu schaffen, ist den wenigsten Schulen bei der aktuellen Personalsituation möglich. Die Angebote hier sind leider oft nicht ausreichend.

Mareike Genske, Lehrerin für Sonderpädagogik an der Schule in der Charité, Standort Friedrichshain

FOTO: BERTOLT PRÄCHT

Das wäre schon ein gutes Schlusswort, aber ich würde gern noch von dir wissen, ob es Wünsche gibt, die du an die Senatsverwaltung oder den Bezirk hättest, noch weitere Unterstützungsmöglichkeiten?

Meyer: Ich habe den Wunsch, das große Interesse, externe Kleingruppen für Kinder mit einem hohen Förderbedarf in der emotionalen und sozialen Entwicklung nicht nur fest und dauerhaft zu etablieren, sondern darüber hinaus zusätzliche Standorte aufzubauen. Wir brauchen mehr Kleingruppenplätze, um der stetig wachsenden Zahl derer, denen dieses Angebot nicht nur guttut, sondern die es dringend benötigen, gerecht werden zu können. Der Bedarf ist so riesengroß, und alle in der Praxis Tätigen sehen und benennen das. Nun gilt es, Antworten auf die daraus entstehenden Fragen zu geben. Wir müssen der Realität Rechnung tragen, bei aller Sympathie für inklusive Ansätze.

Stößt das Regelschulsystem hier an seine Grenzen?

Meyer: Es gibt viele sehr gute schulinterne Hilfe- und Fördersysteme… auch wir sind ganz passabel aufgestellt. Ich glaube aber fest daran – und weiß aus meiner eigenen Erfahrung als Leiter eines dieser besonderen Schulprojekte für Verhaltensgestörte Kinder –, dass es einer Reihe von Schüler*innen sehr gut täte, für einen gewissen, klar definierten Zeitraum in einem ganz besonderen intensivpädagogischen, meinetwegen auch teiltherapeutischen System, auch schulisch gefördert zu werden, um dann mit dem Rüstzeug an Handlungsalternativen, was es in dieser Zeit mit auf den Weg bekommt, zurück ins Regelschulsystem gehen zu können. Mein Wunsch ist, dass man dafür eine Offenheit gewinnt, nein, besser: wiedergewinnt. Ich habe den Eindruck, dass das mittlerweile auch vielerorts verstanden wird, auch auf den verantwortlichen Ebenen. Wir brauchen diese Nischen dringend für diese besonderen Kinder, die vielleicht in der Gesamtzahl relativ wenige sind, aber Schule in ganz außergewöhnlichem Maße fordern und auch belasten. Auch für diese relativ wenigen Kinder müssen wir ein sinnvolles, förderndes Angebot haben beziehungsweise schaffen, und daran arbeite ich gerne mit.

Das Interview führte Ralf Schiweck, Schulleiter i.R. und Mitglied der bbz-Redaktion

Bei uns gibt es Inklusion mal andersrum

Stimmen aus der Praxis

Hier in Neukölln wurden sehr viele Willkommensklassen aufgelöst und berlinweit wurden die Förderzentren geschlossen. Diese Kinder brauchen besondere Unterstützung, werden aber ohne die notwendigen Unterstützungssysteme an den ISS »abgeladen«, vor allem an denen, die in sozialen Brennpunkten liegen, unbeliebt sind und keine Oberstufe haben. Ich kenne Klassen, in denen sieben Kinder einen Förderstatus haben und zusätzlich sechs Willkommenskinder integriert werden sollen, einige davon noch nicht alphabetisiert oder mit überhaupt nur einem Jahr Schulerfahrung. Hinzu kommt eine große Anzahl schuldistanter Kinder, die auch gerne aus anderen Bezirken zu uns geschickt werden und ewig fahren. Das ist Inklusion mal anders rum.

Daher nutze ich alle Ressourcen, die wir haben, anders geht es bei unserer Klientel und der schlechten personellen Ausstattung der Schulen nicht. Ich nutze neben einem großartigen Kollegium, die Schulsozialarbeit, das Jugendamt, das SIBUZ, vor allem deren Sonderpädagog*innen und die Schulpsychologie. Privat hole ich mir Rat bei Psycholog*innen, Streetworker*innen, Jurist*innen, anderen Pädagog*innen und Kinderärzt*innen, mit denen ich befreundet bin. Diese Hilfesysteme federn die strukturellen Probleme vielleicht ab, aber lösen sie nicht. Eine Sonderpädagog*in für eine ganze SEK I ist im Zeitalter der Inklusion ein Witz. Die Unterstützung, was Schuldistanz angeht, ist auch lächerlich. Außerdem fehlen uns Dolmetscher*innen. Teilungsstunden werden immer wieder aufgelöst, da diese als Vertretungspool genutzt werden und der Krankenstand mit der zunehmenden Arbeitsbelastung immer mehr steigt. Ständig wechseln die Zuständigkeiten in der Schulpsychologie, der Schulsozialarbeit und dem Jugendamt. Warum der Senat nicht mehr ausbildet und Kontinuität schafft verstehe ich überhaupt nicht. Derzeit habe ich nicht das Gefühl, den Kindern noch gerecht werden zu können. Ich wünsche mir Zeit für multiprofessionelle Teams, mehr Schulsozialarbeit, feste, an den Schulen beratende Schulpsycholog*innen und mehr Sonderpädagog*innen. Feste Ansprechpartner*innen für Schuldistanz, die an die Schulen kommen, sowie einen Pool kostenloser Dolmetscher*innen. Wir brauchen vor allem auch mehr Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache zur Unterstützung der sprachlichen Inklusion. Ich wünsche mir mehr Stunden für Sprachförderung und Teilungsunterricht, der nicht aufgelöst wird. Ich würde mir auch mehr Zeit für pädagogische Arbeit am Kind, als auch für Elternarbeit wünschen. Ich denke auch, dass Schulen mehr Verwaltungsstellen brauchen, um uns Lehrkräfte von der zunehmenden Papierflut zu befreien. Und ich würde mir eine gerechtere Aufteilung herausfordernder Kinder wünschen, sowie mehr Angebote für Systemsprenger*innen.

Janina Bähre, Lehrerin an einer Gemeinschaftsschule in Neukölln

Beratung ist eine Gratwanderung

Unsere Autorin berichtet von ihrer Arbeit als Schulberaterin am SIBUZ Mitte. Die Rahmenbedingungen sind nicht einfach, und Erwartungen können längst nicht immer erfüllt werden

von Katrin Wegener

Die Schulverwaltung denkt sich gerne lustige Abkürzungen aus. IGLU, PISA und Bärenstark wecken sicher reiche Assoziationen bei den Leser*innen. Vor ein paar Jahren sind die SIBUZen dazukommen. SIBUZ steht für »Schulpsychologisches und inklusionspädagogisches Beratungs- und Unterstützungszentrum«. In jedem Bezirk und für die zentralverwalteten und berufsbildenden Schulen gibt es je eines. Am SIBUZ ballt sich die fachliche Kompetenz von Schulpsychologie und Sonderpädagog*innen, auch Inklusionspädagog*innen genannt, anderen Beratungslehrkräften und Erzieher*innen.

Mittlerweile nun im fünften Jahr bin ich mit einem Teil meiner Stunden an den inklusionspädagogischen Teil des SIBUZ Mitte abgeordnet. Wobei von einem »Zentrum« nicht die Rede sein kann. Denn die Schulpsychologie sitzt in einem eigenen Gebäude am Gesundbrunnen. Über ein Dutzend Inklusionspädagog*innen dagegen teilen sich einen einzigen mittelgroßen Raum im Rathaus Mitte, am Alexanderplatz. Eigentlich sollen beide Teile seit Jahren zusammenziehen. Der Umzug scheiterte unter anderem daran, dass man im Gebäude am Gesundbrunnen die Telefonanschlüsse nicht finden konnte.

Doch es gibt an anderer Stelle Professionalisierungstendenzen. Seit dem vergangenen Schuljahr bekommen die SIBUZ-Mitarbeiter*innen Dienst-Mailadressen und nun sogar eigene Laptops. Vorbei die Zeiten, als man auf privaten Rechnern datenschutzrelevante Informationen verarbeiten und für das Versenden von dienstlichen Mails extra ins Rathaus fahren musste. In Mitte wurden regionale Beratungsteams für die Schulen eingeführt. Ich arbeite im Team mit einer anderen Sonderpädagogin und einer Schulpsychologin zusammen. Wir betreuen sechs Schulen im Wedding. Regelmäßig kommen wir zur Beratung an jede der Schulen. Wir sprechen dann mit den Pädagog*innen oder mit Eltern, hospitieren im Unterricht und suchen gemeinsam nach Lösungswegen für die aufgetretenen Probleme.

Alle Anträge auf Überprüfung sonderpädagogischen Förderbedarfs in den Bereichen Lernen, emotionale und soziale Entwicklung sowie Sprache an »unseren« Schulen werden mit den Klassenteams vorbesprochen und dann von uns unmittelbar bearbeitet. Nach Abschluss der Diagnostik führen wir mit den Eltern und dem Klassenteam ein Beratungsgespräch. In diesen Gesprächen erklären wir, was sonderpädagogischer Förderbedarf ist, welchen Anspruch auf Förderung das Kind hat und welchen Einfluss der Förderbedarf auf die zukünftigen Möglichkeiten schulischen Lernens hat. Die Eltern interessieren sich häufig besonders für den Übergang auf die Oberschule und machen sich Sorgen um den Schulabschluss ihres Kindes.

So wünschten sich beispielsweise die Eltern von Alicia, die im achten Schulbesuchsjahr eine Sprachlernklasse besucht und einige Stunden in einer sechsten Klasse hospitiert, dass sie auch nach dem Wechsel auf die Oberschule weiterhin gerne zur Schule geht. Alicia ist erst seit drei Jahren in Deutschland. Nun wurde festgestellt, dass die kognitiven Voraussetzungen es Alicia zusätzlich erschweren zu lernen, neben den vorhandenen sprachlichen und schulischen Defiziten. In der Beratungsrunde wurden gemeinsam Ideen für den künftigen Schulort und auch eine mögliche Berufsausbildung gesammelt.

»Wir kommen an die Schulen und suchen gemeinsam nach Lösungswegen.«

Den Eltern von Maik musste erläutert werden, dass er mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt Lernen nicht aufs Gymnasium gehen kann. Auch den Mittleren Schulabschluss wird er voraussichtlich nur mit viel Unterstützung erreichen können. Vorerst geht es für ihn um andere Bedarfe. Der Schock saß bei den Eltern offensichtlich so tief, dass ich für die aufklärenden Worte in einer nächsten Begegnung mit der Klassenleitung scharf kritisiert wurde. Es sei zu Hause für das Kind jetzt unerträglich, deshalb sei auch das Verhalten in der Schule wieder schlimmer geworden.

Manchmal ist Beratung eine schwierige Gratwanderung. Das SIBUZ und die Schule können nicht alle widersprüchlichen Erwartungen erfüllen, die sich mit den Begriffen »Inklusion« und »Chancengleichheit« verbinden. Aber immerhin haben wir durch die Struktur der Beratungsteams jetzt mehr Zeit, um unmittelbar mit den Pädagog*innen vor Ort zusammenzuarbeiten. Die Bearbeitungszeit der sonderpädagogischen Anträge hat sich deutlich verkürzt. So bekommen alle Beteiligten eine schnellere Rückmeldung und zeitnahe Förderhinweise.

***KJGD** – Kinder- und Jugendgesundheitsdienst. In jedem Bezirk vorhanden. Hier arbeiten unter anderem Schulärzt*innen, die zum Beispiel die Schuleingangsuntersuchungen vornehmen. Der KJGD kann einen Integrationsstatus für ein Kind empfehlen.*

***KJPD** – Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst. In jedem Bezirk vorhanden. Der KJPD berät bei sozialen und Verhaltensproblemen und kann einen Integrationsstatus für ein Kind empfehlen.*

Katrin Wegener,
Lehrerin für Sonderpädagogik an der Allegro-Grundschule und Schulberaterin am SIBUZ Mitte

Kooperation ist hilfreich

An der Montessori-orientierten Nürtingen-Grundschule in Kreuzberg gibt es eine gelingende Zusammenarbeit zwischen Schulsozialarbeit, Lehrkräften und Erzieher*innen

vom Team der Schulsozialarbeit der Nürtingen-Grundschule

Seit 17 Jahren ist der Träger Kotti e.V. in der Nürtingen-Grundschule und sorgt mit einem Team der Schulsozialarbeit für personelle Kontinuität und einen gemeinsamen Haltungskonsens. Die Basis der Arbeit sind Kooperationen auf verschiedenen Ebenen. Diese umfassen die Zusammenarbeit mit Pädagog*innen am Ort Schule und beziehen den engen Austausch zwischen Schulsozialarbeit, Hort, Schule und den Erziehungsberechtigten mit ein.

Die Zusammenarbeit mit Pädagog*innen ist besonders hervorzuheben, auch wenn es mitunter schwierig ist, Zeitfenster zu finden, in denen alle Professionen verfügbar sind. Dies ergibt sich vor allem daraus, dass die Hauptbetreuungszeit der Erzieher*innen genau dann beginnt, wenn die der Lehrkräfte endet. Immer wieder müssen wir verdeutlichen, dass eine Pause zwischen zwei Unterrichtsstunden kein guter Zeitpunkt für ein intensives Gespräch ist.

Der Umgang mit der heterogenen Schüler*innenschaft ist eine der großen Herausforderungen. Wir beobachten in unserer Praxis einen wachsenden Beratungsbedarf der Pädagog*innen. Teilweise übersteigt dieser die sozialpädagogische Beratung und weist Überschneidungen in den Bereich des Coachings auf.

Wenn Unterricht nur schwer möglich ist

Ein Kind, das gerade wütend wird und einen Konflikt mit anderen Kindern beginnt oder aus einer Frustration heraus Unterrichtsmaterial zerstört, stellt mich vor die Entscheidung, mich entweder um das eine Kind oder um den Rest der Klasse zu kümmern. Wenn wir hingegen mit zwei Pädagog*innen in der Klasse arbeiten, kann ich mich um die Bedürfnisse des Kindes kümmern, während mein*e Kolleg*in den Unterricht weiterführt.

Es gibt Kinder, die stellen uns scheinbar vor so große Herausforderungen, dass sie als nicht mehr beschulbar gelten. An der Nürtingen-Grundschule haben wir den Anspruch, auch diesen Kindern einen Schulbesuch zu ermöglichen. Hier kommen wir in den Jugendhilfebereich »Hilfen zu Erziehung«, der eine sehr intensive Arbeit mit den Erziehungsberechtigten ermöglicht.

Ein Ansatz, dieser Herausforderung zu begegnen, ist das Konzept ISI (Inklusive systemische Intervention), welches vor fünf Jahren als Kooperationsprojekt zwischen dem Jugendamt Friedrichshain-Kreuzberg, Kotti ev. und der Nürtingen-Grundschule entwickelt wurde. Ein Beispiel: In der einer Klasse ist seit Wochen nur noch eingeschränkt Unterricht möglich, da es häufig zu Störungen und Konflikten kommt. Oftmals ist ein Kind der Jahrgangsstufe Eins involviert. Am Freitag spitzte sich die Situation so zu, dass dieses Kind einen anderen Schüler mit einer Schere bedrohte. Die Klassenlehrerin fühlt sich überfordert, da sie mit einem solchen Verhalten noch nie konfrontiert war. Daraufhin sucht sie in der Schulsozialarbeit Unterstützung in einem gemeinsamen Beratungsgespräch.

Die Mitarbeiter*innen der Schulsozialarbeit zeigen folgende Möglichkeiten auf, um mit der Situation weiter umzugehen:

- Stärkung der eigenen Handlungsfähigkeit, durch Supervision, kollegiale Beratung und Coaching;
- Elterngespräche, um Herauszufinden woher diese Verhaltensweisen des Kindes kommen; inwieweit die Erziehungsberechtigten Kenntnis von derartigem Verhalten ihres Kindes haben, ob sie möglicherweise selbst damit konfrontiert sind und wie Konflikte im familiären Umfeld gelöst werden.
- Hospitationen in der Klasse, um sich ein eigenes Bild der Situation zu machen und konkretere Beratung anzubieten.

Einige Wochen später findet eine Schulhilfekonferenz statt. Um das Kind Zuhause, am Ort Schule, sowie nachmittags im Hort bestmöglich begleiten zu können, soll ISI in die Wege geleitet werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Erziehungsberechtigten einen Antrag auf Hilfen zur Erziehung beim Jugendamt stellen und ein sonderpädagogischer Förderbedarf sowie ein erhöhter Betreuungsbedarf am Nachmittag vorliegen.

Wichtig ist es am Ende immer wieder, den Kolleg*innen mitzuteilen, dass wir sie in ihren Aufgaben unterstützen, beraten und begleiten können. Übernehmen können und wollen wir sie jedoch nicht.

***Schulsozialarbeit** ist ein Angebot der Jugendhilfe im Rahmen der Jugendsozialarbeit an der Schule. Das Angebot soll Beratung, Hilfe und Unterstützung für Schüler*innen, Erziehungsverantwortliche und Pädagog*innen bieten.*

Link zu ISI : https://kotti-berlin.de/hilfen-zur-erziehung-isiv

Ein starkes Team

Der neue Handlungsleitfaden für die Zusammenarbeit von Schule und Jugendamt setzt Standards im Bezirk Mitte. Er soll als Arbeitshilfe dienen und helfen, die oft schwierige Kommunikation von Schule und Jugendamt zu verbessern

von Heike Schlizio-Jahnke und Manuel Honisch

Manchmal scheint es, als lägen Schule und Jugendamt auf verschiedenen Planeten. Das Verständnis hält sich in Grenzen, wenn der Regionale Soziale Dienst (RSD) des Jugendamtes, die Anlaufstelle für alle Fragen des Kinderschutzes, mal wieder nicht erreichbar ist. Die Kolleg*innen im RSD wiederum wissen oft nicht, welchem Krisenherd sie sich zuerst zuwenden sollen. Auf dem Schreibtisch stapeln sich die Akten, ständig klingelt das Telefon und so ganz nebenbei soll dann noch das persönliche Gespräch mit hilfesuchenden Eltern geführt werden. In Zeiten des allgemeinen Fachkräftemangels und hoher Personalfluktuation auf beiden Seiten ist es schwer, verlässliche Kooperationsstrukturen zwischen Jugendamt und Schule aufzubauen. In Mitte sind wir immerhin schon ein paar kleine Schritte weiter.

In einem zweijährigen Arbeitsprozess wurde der »Handlungsleitfaden für die Zusammenarbeit zwischen den Regionalen Sozialpädagogischen Diensten des Jugendamtes und den Schulen im Bezirk Mitte« überarbeitet und erweitert. In ihm werden die Fachstandards zur Zusammenarbeit festgelegt, und er gilt als verbindliches Arbeitsinstrument. In diesem Prozess wurden die schwierigen Rahmenbedingungen ebenso wie die aktuellen gesetzlichen Grundlagen berücksichtigt. Im Leitfaden werden ausführlich und graphisch mit verschiedenen Farben untersetzt die Verfahren und Verantwortungen beim Umgang mit Schuldistanz, bei Meldungen zum Kinderschutz und bei Gewaltvorfällen in Schulen beschrieben.

*__RSD__ – Regionaler Sozialpädagogischer Dienst des Jugendamtes. Die Sozialarbeiter*innen des RSD arbeiten direkt mit hilfebedürftigen Familien und auch mit den Schulen zusammen.*

»Jede Kinderschutzmeldung soll über ihren Schreibtisch gehen.«

Ein wichtiges Instrument der Zusammenarbeit ist das Lotsenmodell, eine Besonderheit in Mitte. Für jede Schule existiert ein Lotsenteam, bestehend aus einer Sozialarbeiterin des RSD, einer Lehrkraft der jeweiligen Schule und einer Schulsozialarbeiterin. Diese Teams sind die ersten Anlaufstellen für ihre Kollegien bei Fragen rund um die jeweils andere Institution. Die Schullots*innen beraten Pädagog*innen, die sich Sorgen um ein Kind machen. Was weiß die Schule über die Familienverhältnisse des Jungen, der seit Wochen nur sporadisch zum Unterricht erscheint? Hat die Schulsozialarbeit vielleicht schon einmal Kontakt aufgenommen und auf Hilfsangebote in der Schule oder im Kiez hingewiesen? Wissen die Eltern überhaupt vom unregelmäßigen Schulbesuch ihres Zöglings? Wenn die Schule ihre Möglichkeiten ausgeschöpft hat, oder wenn der Eindruck entsteht, dass akuter Handlungsbedarf zum Wohle des Kindes besteht, geht eine Meldung an das Jugendamt heraus.

Jede Kinderschutzmeldung durch die Schule soll über den Schreibtisch der Schullots*innen gehen. Sie werden zu diesem Zweck besonders geschult und informiert. Das Team von Jugendamtlots*innen und Schullots*innen soll zudem in der regelmäßigen, direkten Kommunikation miteinander stehen. So wird sicher gestellt, dass wichtige Informationen schnell und zuverlässig auf beiden Seiten ankommen. Der neue Handlungsleitfaden beschreibt genau und übersichtlich, was in unterschiedlichen Fällen von Kindeswohlgefährdung getan werden kann und muss. Zum Beispiel erklärt der Leitfaden, welche verschiedenen Ansprechstellen bei Gewaltvorfällen existieren, damit sowohl Opfer als auch Täter*innen Hilfe bekommen. Das Spektrum reicht hier von der Schulpsychologie über die Erziehungs- und Familienberatung bis hin zur Polizei.

Unbefristete Stellen zur Koordinierung

An der Erarbeitung des Leitfadens waren neben Schule und Jugendamt auch das Gesundheitsamt und freie Träger der Schulsozialarbeit beteiligt. Koordiniert wurde der Prozess von der Stiftung SPI (Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May«). Die Stellen bei der Stiftung sind leider befristet. Der Senat hat angekündigt, unbefristete Stellen zur Koordinierung von Schule und Jugendhilfe in allen Bezirken zu schaffen, in öffentlicher Trägerschaft. Das ist einerseits erfreulich, da so Dauerstellen für Daueraufgaben entstehen. Andererseits müssen die Koordinierungsstellen unabhängig und allparteilich arbeiten können. Es bleibt abzuwarten, ob dies angesichts der vorgesehenen institutionellen Zuordnung zur Schulaufsicht gelingt. Zu hoffen ist auch, dass die bewährten Kolleg*innen von der Stiftung auf den neuen Stellen ankommen, wenn sie sich darauf bewerben. ■

Heike Schlizio-Jahnke, Leiterin des RSD Wedding und Manuel Honisch, Lotse an der Möwensee-Grundschule

FOTO: BERTOLT PRÄCHT

Kontakt aufnehmen und halten

Eine aufsuchende Zusammenarbeit mit Eltern gehört an der Gustav-Langenscheidt-Schule dazu

von Judith Henning

An der Gustav-Langenscheidt-Schule fiel den Lehrkräften vor über 13 Jahren auf, dass es vermehrt Eltern gab, die für die Schule nicht erreichbar waren und sich scheinbar nicht um die schulischen Belange ihrer Kinder kümmern konnten. Und das, obwohl die Kinder dringend eine Unterstützung benötigten. Die Kinder und Jugendlichen zeigen an der Schule Probleme wie Verhaltens- und Lernschwierigkeiten oder Schuldistanz. So entstand die Idee für das Projekt KONTAKT. Darin arbeitet der ambulante Träger FAB e.V. eng mit der Gustav-Langenscheidt-Schule zusammen.

Das Projekt entstand gemeinsam mit der damaligen Schulleitung. Sowohl von Seiten der Schule als auch der Jugendhilfe wurde hier auf einen Bedarf reagiert: Eltern zu erreichen, die von sich aus keinen Kontakt zur Schule aufnehmen und deren Kinder Probleme in der Schule zeigen. KONTAKT geht davon aus, dass die Präsenz der Eltern entscheidend für einen gelungenen Schulabschluss sein kann.

Frau Zimmermann und Herr Loth, die Mitarbeiter*innen des Projektes KONTAKT, arbeiten bei FAB e.V. in verschiedenen Bereichen, größtenteils in den ambulanten Hilfen zur Erziehung und in der Betreuung von Kindern und Erwachsenen mit Beeinträchtigungen. Die Arbeit im Projekt KONTAKT beginnen sie donnerstags zur Pausenzeit im Lehrer*innenzimmer und sind somit für die Lehrkräfte persönlich ansprechbar.

***Sonderpädagogischer Förderbedarf** – Förderbedarf, der sich auf den Unterricht bezieht. Die Schule bekommt dafür zusätzliche Lehrer*innenstunden.*

Wenn Eltern nicht erreichbar sind

Ein Beispiel: Die Klassenlehrerin berichtet über Ezra (*), sie zeige erhebliche Leistungsprobleme, störe den Unterricht und komme seit 3 Wochen nur unregelmäßig in die Schule. Ihre Eltern erreiche sie nicht, weder telefonisch, noch reagieren sie auf Einladungen der Schule. Die Eltern zu erreichen, wird nun zum Anliegen für Frau Zimmermann und Herrn Loth. Alle Eltern wurden mit der Aufnahme ihrer Kinder an der Gustav-Langenscheidt-Schule über das Projekt informiert, so können sie auch von Beginn an deutlich machen, ob sie mit KONTAKT zusammenarbeiten wollen.

Die Mitarbeiter*innen von KONTAKT nehmen nun den direkten Weg. Sie rufen Eltern an, laden sie ein,

in die Schule oder zu FAB. Meistens aber besuchen sie nach einer Ankündigung die Familien direkt zu Hause. KONTAKT bietet den Familien ihre Unterstützung dabei an, denen von den Eltern und Lehrer*innen beschriebenen Problemen ihrer Kinder besser zu begegnen. Die Eltern entscheiden selbst, ob sie dieses Angebot annehmen und können sich auch selbst bei KONTAKT melden. Die Mitarbeiter*innen von FAB verschaffen sich gemeinsam mit den Eltern einen Überblick über die Umstände, die zu den schulischen Problemen des jeweiligen Kindes führen, und arbeiten für eine begrenzte Zeit (meist sechs bis acht Wochen) mit der Familie zusammen. Mitunter verweisen sie an weitergehende Unterstützungsangebote.

Diskretion ist manchmal der Schlüssel

Oft erleben die Mitarbeiter*innen, dass vielfältige familiäre und soziale Probleme den Blick auf die Kinder verstellen: psychische und physische Erkrankungen der Eltern, desolate finanzielle Ressourcen und Wohnverhältnisse, Trennungskonflikte zwischen den Eltern, ein ungeklärter Aufenthaltsstatus oder Analphabetismus sowie fehlende Kenntnisse über das Schulsystem. Die Palette ist groß und der Schule oft nicht bekannt. Viele Familien wollten, dass das so bleibt, umso wichtiger ist es ihnen, dass KONTAKT unabhängig von der Schule agiert und die Eltern selbst entscheiden können, welche Unterstützung und für welche Zeit sie diese in Anspruch nehmen.

Aber es gibt auch Grenzen. Manchmal sind die Probleme oder die Erziehungsschwierigkeiten so groß, dass die Unterstützung durch KONTAKT nicht ausreicht, um eine adäquate Entwicklung der Kinder zu bewirken. In diesen Fällen informieren die Mitarbeiter*innen über weiterführende Unterstützungen im Wohnumfeld oder begleiten die Familien zum Jugendamt, damit sie dort beraten werden oder eine Hilfe zur Erziehung beantragen können. Sie überlegen auch gemeinsam mit den Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen, welche Möglichkeiten in der Schule zur Unterstützung der Kinder noch genutzt werden können.

Seit vielen Jahren arbeitet KONTAKT an der Schule, und das erfolgreich. Tatsächlich nehmen fast 100 Prozent aller Familien, denen die Unterstützung durch KONTAKT angeboten wird, diese auch an. Jedes Jahr werden von den beiden Mitarbeiter*innen, mit neun Wochenstunden durchschnittlich, über 45 Familien pro Schuljahr betreut.

Für die Lehrkräfte ist es ein Ziel und damit Erfolg, wenn die Eltern den Kontakt zur Schule wieder selbst aufnehmen, zulassen und ihn auch halten. Dies gelingt tatsächlich fast allen Familien nach der Zusammenarbeit mit KONTAKT. Weitere Indikatoren wären, je nach Ausgangssituation, die Verbesserung der schulischen Leistungen oder des Verhaltens ihres Kindes in der Schule oder ein regelmäßiger Schulbesuch. Ziel ist es auch, Familien eine niedrigschwellige Unterstützung zu bieten, präventiv zu agieren, bevor das Jugendamt wieder einen neuen Fall gemeldet bekommt.

Jeweils zum Jahresende wird die Zielerreichung und damit die Wirksamkeit von KONTAKT unter Einbeziehung der Schule und des Jugendamtes geprüft, und dann die finanzielle Unterstützung für das Folgejahr beantragt.

Auch eine Nachbarin kann helfen

Und Ezra? Ihre alleinerziehende Mutter hat nur sehr geringe Deutschkenntnisse, sie reagierte deshalb auf Anrufe und Schreiben der Schule nicht und hatte keine Informationen über Ezras schuldistanziertes Verhalten, auch nicht über ihre geringen Lernerfolge. Ezra selbst war mit den Herausforderungen an der neuen Schule überfordert und wollte ihre Mutter damit nicht belasten. KONTAKT hat die Mutter mehrmals zu Hause besucht. Der Mutter wurde bewusst, dass sie Ezra auch als Jugendliche weiter schulisch unterstützen muss.

Sie wurde informiert und über das Schulsystem und ihre Möglichkeiten der Mitwirkung und Unterstützungsannahme aufgeklärt. Im Umfeld der Familie wurden Ressourcen akquiriert und genutzt, zum Beispiel half fortan eine Nachbarin der Mutter, die Logbucheinträge der Schule zu lesen und mit der Schule in Kontakt zu treten. Für Ezra wurde gemeinsam mit der Mutter eine Nachhilfe organisiert und sie erhielt die individuelle Unterstützung in Einzelgesprächen durch die Schulsozialarbeit, die mit ihr auch einen Verhaltensplan für den Unterricht erarbeitete. Die Klassenlehrerinnen wurden für die häusliche Situation der Familie sensibilisiert. Es wurde ein runder Tisch organisiert mit dem Ziel, Ezra auch schulisch besser zu unterstützen und für sie den Förderstatus fortzuschreiben. ■

(*) Namen verändert

Judith Hennig,
Familienarbeit und Beratung (FAB) e.V.

FOTO: BERTOLT PRÄCHT

Schulvorstellungen sind möglich, auch vor Kinostart, im Zeitraum 16. – 20.12.2019.
Bitte wenden Sie sich an Ihr Wunschkino. Begleitmaterial zum Film stellen wir kostenlos auf Ihrer GEW-Website zur Verfügung.

Tolga zählt – er rechnet nicht

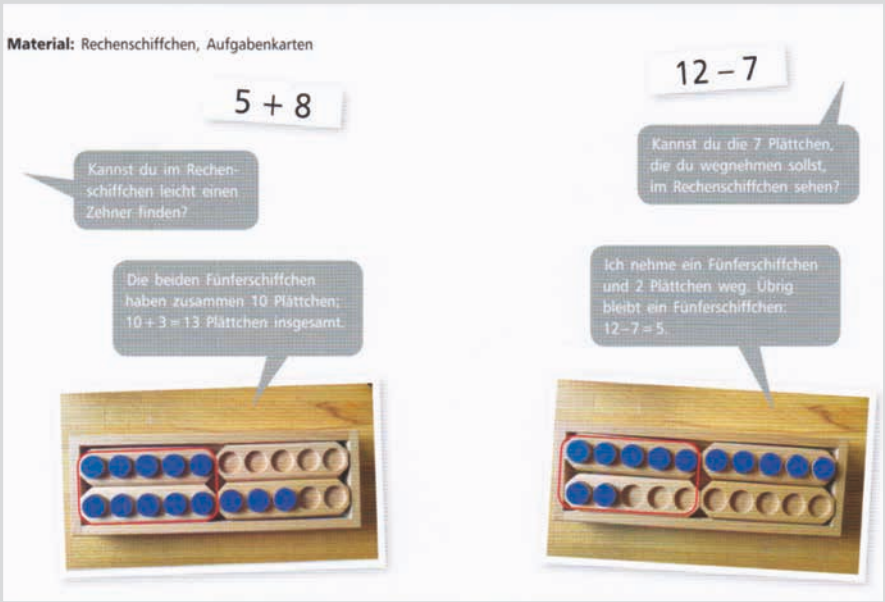
Hilfe für Kinder mit Rechenschwierigkeiten bietet die i-mint-Kartei »Auf dem Weg zum denkenden Rechnen«

von Karin Tretter

In jeder Klasse gibt es Kinder, die beim Berechnen von Aufgaben wie 7 + 8 große Probleme haben. Sie lösen diese Aufgaben meist zählend, weil sie keine Lösungsstrategien kennen oder mit der Zahlzerlegung (7= 6 + 1 / 5 + 2 / 4 + 3) beziehungsweise dem dezimalen Denken (Rechnen in Einer, Zehner, Hunderter, Tausender Schritten) Probleme haben.

Solche Kinder finden sich in allen Jahrgängen, auch noch über die Grundschule hinaus. Was ist zu tun? Im normalen Förderunterricht lassen sich diese Probleme meist nicht beheben, weil es bei diesen Kindern um das Erwerben von mathematischen Grundvorstellungen im Zahlenraum 1 bis 20 geht und dies der Stoff der ersten Klasse ist, welcher viel zu oft vorausgesetzt wird.

Es braucht also eine Förderung, die an den Wurzeln des Rechnen Lernens ansetzt. Nun hat die Senatsverwaltung für Bildung im letzten Monat an jede Berliner Grundschule eine Kartei mit dem Titel »Auf dem Weg zum denkenden Rechnen« geschickt. Diese Kartei widmet sich explizit dem Problem der zählenden Kinder, vor allem der Arithmetik im Mathematikunterricht. In der ersten Klasse werden nämlich die Zahlenräume bis 20 und bis 100 thematisch behandelt. Sie bietet auch fachfremd unterrichtenden Lehrkräften praxiserprobte Beispiele, darauf bezogenes Hintergrundwissen und passgenaue Förderangebote für Kinder mit Rechenschwierigkeiten.



»Strategie: Die Kraft der 5«: Mit dieser Karteikarte soll das rechnen leichter werden.

Rechenschwierigkeiten kann man auflösen

Das Besondere an dieser Veröffentlichung ist, dass sie einen individuellen förderdiagnostischen Test enthält, als auch genau darauf abgestimmte Übungsangebote. Beim Test geht es darum, genau herauszufinden welche fehlerhaften Denkkonzepte das Kind am Weiterlernen hindern. Die anschließenden Übungsangebote und Förderbeispiele knüpfen direkt daran an. Im Mittelpunkt steht die Vermittlung von Rechenstrategien. Kinder brauchen Strategien, wenn sie nicht zählende Rechner*innen bleiben sollen. Wichtig ist dabei besonders, dass die Förderung auf dem Verstehen der mathematischen Handlungen aufgebaut ist, damit Weiterlernen möglich wird.

Zum besseren Verständnis wird hier der obere Teil der Arbeitskarte »Strategie: Kraft der 5« dargestellt. Ihr findet hier ein Beispiel, in dem anhand des Materials die Übung konkret vorgestellt wird. Die Hilfe im unteren Teil (im Bild nicht zu sehen) unterstützt die Lehrkraft sowohl im fachlichen »Worum geht es?«, als auch im methodischen Bereich »Wie kommt die Handlung in den Kopf?«.

Die Kartei lässt sich im Internet herunterladen. Dies ist für den unterrichtlichen Gebrauch auch erwünscht. Unter dem Titel »Auf dem Weg zum denkenden Rechnen« findet ihr sowohl die Kartei, als auch die benötigten Materialien. Zudem gibt es Fortbildungsangebote im regionalen Fortbildungsverzeichnis, in denen die Kartei im Mittelpunkt steht.

Karin Tretter, Fortbildnerin bei der i-mint Akademie

Die EXTRA-SEITEN der *bbz*

Ich will, was alle wollen

Natürlich will ich, was alle wollen: Ich will lange leben; und natürlich will ich nicht, was alle nicht wollen: Ich will nicht alt werden.

von Monika Maron

Ohne die Zeugenschaft der anderen ließe sich das Altwerden leichter ertragen. Man könnte sich ihm ehrgeizlos hingeben, neugierig verfolgen, was es anrichtet, ohne Verzweiflung oder gar Schande zu empfinden. Vielleicht würde man sogar den sich unaufhaltsam nähernden Tod als weniger grauenvoll empfinden, dürfte man sich der Altersschwäche wehrlos überlassen, ohne die triumphierende Lebensgier der anderen fürchten zu müssen. Die anderen sind alle anderen, manchmal sogar wir selbst, wenn wir in mitleidlosen Stunden uns betrachten, wie wir sonst die anderen betrachten oder diese uns, und wenn dieser kühle, herzlose Blick den Satz formt: Ich bin alt geworden. Der Herzlosigkeit aller anderen sind wir so sicher, weil wir sie als unsere eigene kennen.

Ich glaube nicht, dass unsere Herzlosigkeit der Bosheit entspringt, nicht einmal der Schadenfreude; welche Freude könnte schon ein Schaden bereiten, den man auch selbst zu ertragen hat. Aber die Gewissheit, dass wir dieses Unglück mit allen anderen teilen, verschafft uns Erleichterung. Zum Beispiel versetzte mich die Beobachtung, dass R., eine gleichaltrige Bekannte von mir, einfach nicht alterte, jedenfalls nicht so wie ich und andere Frauen meines Alters, in eine gereizte Unruhe. Als ich ihr kürzlich wieder begegnete und sah, dass ihr offenbar innerhalb weniger Monate widerfahren war, was ich und die anderen während der letzten zehn Jahre an uns hatten geschehen lassen müssen, war ich nicht schadenfroh, wirklich nicht, eigentlich hatte ich ihr ihre Jugendlichkeit sogar gegönnt, aber erleichtert war ich doch, weil das Altern als Schicksal jedweden Lebens noch zu ertragen ist, als persönliches Versagen aber nicht.

Monika Maron ist Jahrgang 1941 und Schriftstellerin. Dieser Essay ist zuerst 1999 in der Frankfurter Allgemeinen erschienen und 2006 in dem von Elke Gilson herausgegeben Band »Doch das Paradies ist verriegelt… – zum Werk von Monika Maron«, das auch ihre Beiträge »Ich war ein antifaschistisches Kind« und ihre beiden »Berichte an die Stasi« enthält sowie literaturwissenschaftliche Beiträge über ihr Werk. Weil ihr erster Roman »Flugasche« in der DDR nicht erscheinen durfte, reiste sie 1988 aus. Als sie »Ich will, was alle wollen« schrieb war Monika Maron 58 Jahre alt. Ihre Mutter Hella Maron ist Dezember 2010 verstorben.

Als ich jung war, zog ich das Altern für mich nicht in Betracht. Ich konnte mir mich als eine ältere Frau einfach nicht vorstellen; noch weniger ahnte ich, was ich als ältere Frau auf der Welt zu tun haben könnte. Natürlich wusste ich nicht, was ich heute weiß, dass nämlich ungefähr die Hälfte aller Zwanzigjährigen meiner Generation an ähnlicher Phantasielosigkeit litt und sich darum nach der Jugend eher den Tod als das Alter denken konnte. Inzwischen habe ich wenigstens hundert Menschen getroffen, die alle geglaubt haben, die Dreißig auf keinen Fall zu überleben. Ich bin nicht gestorben, ich habe mich nicht umgebracht, ich lebe immer noch. Und das Komische ist, dass ich mir mich als ältere Frau immer noch nicht vorstellen kann.

Es kommt vor, dass ich zum Einkauf oder auch nur so durch die Straßen gehe und mich plötzlich frage, wen oder was die Leute eigentlich sehen, wenn sie mich sehen. Sie sehen eine ältere Frau, sage ich mir dann und warte, bis ich eine Frau treffe, von der ich denke, dass sie eine ältere Frau ist, und finde den Gedanken, die anderen sähen in mir, was ich in dieser älteren Frau sehe, einfach absurd.

»Wen oder was sehen die Leute eigentlich, wenn sie mich sehen.«

Oder jemand erzählt mir etwas von einer Bekannten und erwähnt dabei, sie sei achtundfünfzig, dann kann passieren, dass ich denke, o Gott, so alt schon, und eine Frau vor Augen habe, die mit mir

nichts, absolut nichts gemein hat. Gegen Gefühle dieser Art haben sich die Menschen den Spruch erfunden: Man ist so alt, wie man sich fühlt, was natürlich nicht stimmt, weil man so alt ist, wie man ist, und eben nicht, wie man sich fühlt. Ich kann mich nicht erinnern, einen Menschen getroffen zu haben, der sich so alt fühlte, wie er war. Höchstens ein paar Stunden lang, wenn man krank ist oder sehr erschöpft. Und dann sagt man es auch: Heute fühle ich mich wirklich so alt, wie ich bin.

Vielleicht ist es sogar umgekehrt und das Lebensgefühl richtet sich am Alter aus. Ich vermeide bestimmte Verhaltensweisen, weil ich so alt bin und nicht, weil mir nicht mehr danach zumute wäre. Ich trage schon lange keine kurzen Röcke mehr, weil ich weiß, dass ich achtundfünfzig bin und nicht, weil mir plötzlich dicke Beine gewachsen wären.

»Altwerden kann man nicht lernen. Es passiert, ob wir es ertragen oder nicht.«

Und ich zögere, langfristig in die Zukunft zu planen, weil die Zeit bis zum Tod schon absehbar ist, und nicht, weil mir nichts mehr einfiele. Und wer zögert, langfristig in die Zukunft zu planen, benimmt sich wie ein alter Mensch, wie meine Tante Marta, die sich zehn Jahre lang weigerte, ihre abgewetzten Sessel zu erneuern, weil es sich, wie sie sagte, nicht mehr lohnte. Am Ende hat sie doch welche gekauft und dann starb sie.

Meine Freundin L., eine Kassandra des Alters, von der ich auch das Wort »Mundbodenschwäche« kenne, sagt, für schöne Frauen sei das Altern am schwersten, was stimmt, aber eigentlich unverständlich ist. Aus einer schönen jungen Frau könnte ja eine schöne ältere und dann eine schöne alte Frau werden. Aber das, glaube ich, gilt eher für Männer, auch wenn Uschi Glas und Iris Berben sich tapfer zu den Fünfzig bekennen, was vor allem Bewunderung auslöst, weil sie nicht aussehen wie fünfzig und somit auch nicht beweisen, dass eine Frau mit fünfzig schön sein kann, sondern dass sie aussehen kann wie fünfunddreißig. Fünfzigjährige Männer, die aussehen wie fünfunddreißig, sind uns eher verdächtig. Ein Mann erscheint uns schön, wenn er so oder so männlich aussieht, also intelligent, kräftig, entschlossen, bedacht, mutig, sinnenfreudig, ernst; alle diese Eigenschaften können die Attraktivität eines Mannes bis an die Grenze der Greisenhaftigkeit ausformen. die Attraktivität einer Frau würden sie vermutlich nur verderben, weil die Attraktivität der Frau – jedenfalls der immer noch landläufige Begriff davon – in ihrer Zartheit, Mädchenhaftigkeit und Lieblichkeit liegt, Eigenschaften, die jenseits der Jugend nicht erworben, sondern nur verloren werden können.

Eine andere Freundin von mir behauptet, sie erlebe das Alter als eine ganz neue Freiheit. Unbehelligt von Trieben, Ehrgeiz und Erfolgsdruck, könne sie sich jetzt an Dingen erfreuen, die ihr früher nichts bedeutet hätten; ein sonniger Herbsttag zum Beispiel oder ein blühender Eibisch könnten nun Glücksgefühle in ihr auslösen. Allerdings ist diese Freundin besonders willensstark, wodurch ihr das tägliche, unabwendbare Älterwerden eine noch grausamere Demütigung bereiten muss als anderen Menschen. Es ist also möglich, dass sie, weil sie in dieser Sache auf keinen Fall recht behalten kann, beschlossen hat, die Niederlage als Gewinn zu verbuchen. Das geht natürlich auch.

Ich hingegen würde, wäre die einzige Alternative zum Alter nicht der frühe Tod, auf das Alter lieber verzichten. Einmal bis fünfundvierzig und ab dann pendeln zwischen Mitte Dreißig, früher ist nicht nötig, und Mitte Vierzig, bis die Jahre abgelaufen sind; so hätte ich die mir zustehende Zeit gern in Anspruch genommen.

Altwerden kann man nicht lernen. Es passiert, ob wir es ertragen oder nicht. Als ich fünfzig geworden bin, habe ich dabei nichts übers Sechzigwerden gelernt. Rückblickend lernen wir alle das gleiche: die Zeit vergeht so schnell. Manchmal, wenn ich diesen herzlosen Hochmut in den Augen eines Fünfunddreißigjährigen finde, denke ich das natürlich, wenn du wüsstest, denke ich dann und eben das, was ältere Frauen und Männer dann schon immer gedacht haben: Ach, wenn du wüsstest …

Am peinlichsten ist mir mein Alter vor meiner Mutter. Sie tut mir leid, weil sie nun so ein altes Kind haben muss. Aber irgendwie wohnt der Natur doch immer auch der Ausgleich inne. Meine Mutter sieht nicht mehr gut, was für sie natürlich sehr unangenehm ist, ihr hoffentlich aber den Anblick ihres alten Kindes gnädig verschönt. ■

TEILHABE IM ALTER: Ältere GEW-Aktive bei einer Fachtagung der GEW in Berlin

An zwei Tagen wurde miteinander sowie mit Expert*innen aus Wissenschaft, Politik und Verbänden diskutiert, wie soziale, politische und kulturelle Teilhabe gelingen, wie Selbstbestimmung bis ins hohe Alter gewährleistet werden kann und was Politik dafür tun muss. »Es geht darum, eine Politik für, mit und von älteren Menschen voranzubringen,« erklärte Frauke Gützkow, GEW-Vorstandsmitglied. »Wir wollen eine Gesellschaft, die wir mitgestalten und die gut für uns sorgt, wenn wir das nicht mehr so gut können.«

Im Verlauf der Tagung wurde deutlich, wie komplex die Thematik ist und wie viele Stellschrauben bewegt werden müssen, um die Ziele zu erreichen. Die Gruppe der Älteren, die sich über 20, 30 und mehr Lebensjahre erstreckt, ist in sich schon sehr inhomogen. Die einen sind noch fit, die anderen gesundheitlich eingeschränkt oder gar pflegebedürftig. Zudem sind die äußeren Lebensbedingungen im sozialen und ökonomischen Bereich äußerst ungleich. Die wachsende Spaltung zwischen Arm und Reich betrifft auch die Gruppe der Senior*innen und Altersarmut ist ein zunehmend drängendes Problem. Zudem leben von Altersarmut Betroffene um zehn Jahre kürzer und erkranken eher und häufiger als ihre wohlhabenden Altersgenoss*innen.

So ist es nicht verwunderlich, dass das Thema Rentensystem und weitere Modelle der Alterssicherung zentrale Diskussionspunkte gewesen sind. In der GEW sind immerhin 46 Prozent der Mitglieder Angestellte und damit auf ein gutes, auskömmliches Rentensystem angewiesen. Bundesweit sind das sogar 95 Prozent aller Erwerbstätigen.

Aber Geld allein reicht nicht für ein lebenswertes Leben im Alter. Abseits der Metropolen in ländlichen Kleinstädten und dörflichen Gemeinden brechen vielerorts die Strukturen weg: Bäckereien, Lebensmittelläden und Gaststätten machen dicht. Sparkassenfilialen schließen, Supermärkte wandern ab und der öffentliche Nahverkehr wird stark eingeschränkt. Auch hier ist die Politik gefordert und muss soziale und organisatorische Maßnahmen ergreifen, die sich an den Bedürfnissen der älteren Menschen orientieren und diese einbeziehen. *Ilona Wilhelm*

Der Beitrag ist zuerst in der Zeitschrift der GEW Hamburg erschienen. Er ist hier gekürzt.

Wir brauchen es doppelt

Die GEW-Stadtmusikanten der Senior*innen suchen dringend eine neue Leitungsperson

von Monika Rebitzki

Im Februar 2020 besteht der GEW-Chor schon zehn Jahre. Das feiern wir am 19. Februar mit dem Singkreis, der im Sommer dann auch schon zehn Jahre besteht und den GEW-Stadtmusikanten, die seit März 2017 trotz sehr schwierigen Bedingungen durchhalten. Ich habe seinerzeit die Initiative ergriffen, weil ich mir einen Chor und eine Instrumentalgruppe in unsere Gewerkschaft gewünscht habe. Ich ging davon aus, dass Ruheständler*innen Zeit und Lust haben, weiter mit der GEW verbunden zu sein – auch mit anderen Themen und ohne Berufsstress. Nun nach zehn Jahren ist es auch gelungen, mich in der Organisation abzulösen. Darauf bin ich stolz und freue mich, dass Peter Sperling und Christine Naumann nun den Chor organisatorisch betreuen und ich einfach nur noch zum Singen kommen kann – hoffentlich noch recht lange. Wir sind überwiegend Ruheständler*innen und freuen uns über regen Zulauf, da ja jedes Jahr neue GEW-Mitglieder in den Ruhestand übergehen und endlich Zeit haben. Bei den Stadtmusikanten könnte der Nachwuchs reger sein – also traut euch! Wir haben nämlich auch ein Problem: Ruheständler*innen reisen gern und werden leider auch mal krank. Alle Instrumente und Singstimmen müssen deshalb ausreichend besetzt sein, damit man auch mal fehlen »darf«. Vor allem aber brauchen wir jeweils eine »Doppelspitze« für die musikalischen Leitungen.

Viele von euch wissen ja, dass Wolf Bayer, der die Stadtmuskanten aufgebaut hat, kurz darauf verstorben ist. Es ist bewundernswert, dass die Gruppe daran nicht zerbrochen ist. Es hat sich aber immer noch niemand gefunden, der oder die in der Lage ist, eine Instrumentalgruppe musikalisch anzuleiten. Da der Chor sehr gerne und gut mit den Stadtmusikanten zusammenarbeitet und auftritt, übernimmt Gerd Schrecker, der Chorleiter, zeitweise die Rolle, aber Gerd muss auch gelegentlich vertreten werden.

Es gibt doch unter den GEW-Kolleg*innen im oder kurz vor dem Ruhestand bestimmt Musiklehrer*innen oder Musiker*innen (Wolf war Mathematiklehrer!), die daran Freude haben. Traut euch oder hört euch doch bitte mal um und meldet euch bei uns *(siehe Kasten).*

KONTAKT

GEW-Chor Berlin: Peter Sperling, Tel.: 28 43 25 01, E-Mail: sperling.peter@t-online.de

GEW Stadtmusikanten: Agatha Spielvogel, Tel.: 7 92 05 17, E-Mail: spievo@t-online.de; Brigitte Dillinger, Tel.: 01 75-5 27 56 12 E-Mail: brigitte.dillinger@googlemail.com

GEW-Singkreis: Luis von Simons, Tel.: 0170-544 60 76, E-Mail: luis_v.simons@gmx.de; Claudia Reuter, Tel.: 3 91 47 87 E-Mail: cl_reuter@web.de

Monika Rebitzki, war von 2002 bis 2005 im GEW-Vorstand und leitet seit Jahren die GEW-Sing- und Chorbewegung in Berlin

FOTO: PRIVAT

Wer war Lotte Eifert?

Erinnerung an eine Berliner GEW-Aktivistin in der Nachkriegszeit

von Klaus Will

Lotte Eifert gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Berliner GEW, die damals noch BVL (Berliner Verband der Lehrer und Erzieher) hieß. Dort war sie bis 1962 in unterschiedlichen Positionen im Vorstand aktiv und parallel bis zu ihrer Pensionierung in Jahr 1975 außerdem als Personalrätin in Wilmersdorf und Wedding. Im Dezember 1985 wurde Lotte Eifert bei einem Pensionärstreffen der Gewerkschaft zum Ehrenmitglied ernannt.

Lotte Eifert war aber auch Schulleiterin der heute nicht mehr existierenden Weddinger Ranke-Oberschule. Brigitte Burchardt schreibt in ihrem Bericht über die Ehrung: »In ihrer Funktion als Schulleiterin bewies sie nach Aussage ihrer ehemaligen Kollegen Rückgrat, Standvermögen und eine unbürokratische Haltung. Es musste schon einmal ein Schulrat unverrichteter Dinge wieder gehen, wenn er es nicht für nötig hielt, sich vorher bei Kollegin Eifert anzumelden.« In den 70er Jahren sei die Schule als »Rote Ranke« bekannt gewesen: »Das lag zum einen daran, dass sich Lotte Eifert insbesondere für Problemschüler einsetzte, für Schüler die an anderen Schulen scheiterten. (…) Zum anderen war die Ranke-Schule im Hinblick auf Unterrichtsorganisation und -inhalte ihrer Zeit voraus. In Zusammenarbeit mit einem Teil der Lehrer- und Schülerschaft erarbeitete Lotte Eifert Anfang der 70er Jahre in Wochenendseminaren den Modellversuch »Erste Prima« für die gymnasiale Oberstufe der Ranke-Schule.« *(Februar-blz 1986)*

Lotte Eifert wird 1912 in Berlin geboren, legt 1931 ihr Abitur ab und studiert anschließend Mathematik und Biologie. Wegen ihrer jüdischen Herkunft muss sie das Studium abbrechen, arbeitet dann als Buchhalterin und Stenotypistin, bis ihr selbst diese Tätigkeit untersagt wird und sie 1941 zur Zwangsarbeit in die Dreherei und Fräserei der Firma Zeiß-Ikon muss. Schon 1940 war ihr Vaters gestorben, im Dezember 1941 holt die Gestapo ihre Mutter ab und verschleppt sie nach Auschwitz. Lotte Eifert ist jetzt 30 Jahre alt und soll im Rahmen der sogenannten Fabrikaktion 1943 ebenfalls deportiert werden. Sie taucht unter und lebt illegal zwei Jahre bis zum Ende des Krieges 1945 in Berlin. Ihren Lebensunterhalt verdient sie in dieser Zeit durch Unterrichten und durch kaufmännische Arbeiten. Im biografischen Lexikon über den Widerstand in Berlin gegen das NS-Regime (Trafo Verlag Berlin 2015) wird aufgeführt, dass sie in der Westfälischen Straße 62 bei Ernst Schneider ein Versteck findet sowie auf dessen Wochenendstück in Michendorf. Auch in der Schweidnitzstraße 6 findet sie bei der Familie Schwarz zeitweise einen Unterschlupf. Wenige Häuser weiter versteckt sich auch Inge Deutschkron mit ihrer Mutter. In ihrem zuerst 1978 erschienenen Buch »Ich trug den gelben Stern« schildert sie, dass Frau Schwarz sie gebeten habe, Lotte Eifert zu helfen. Deutschkron erzählt dann weiter, dass diese sich auf eine Anzeige gemeldet habe, »in der eine Hauslehrerin in Potsdam gesucht wurde. Sie erhielt eine Stellung, verbunden mit einem Zimmer in dem noch bombensicheren Potsdam. Dort fühlte sie sich wohl und sicher, zumal sich herausstellte, dass der Vater der Kinder, die sie betreuen musste, der SS angehörte.« *(dtv-Ausgabe 1995, Seite 135)*

»Lotte Eifert ist jetzt 30 Jahre alt und soll deportiert werden. Sie taucht unter und lebt illegal zwei Jahre in Berlin.«

Gleich nach Kriegsende meldet sich Lotte Eifert beim Schulamt Wilmersdorf und fängt ab August 1945 an der Friedrich-Ebert-Schule als Hilfslehrerin an.

Bei dieser Anstellung und bei ihrer weiteren Karriere wird sie von den Schulämtern wegen ihrer Verfolgung in der Nazizeit besonders gefördert. Die Jahre zwischen 1936 und 1938 werden als ihre Vorbereitungszeit anerkannt, die Jahre zwischen 1938 und 1952 als Dauer ihrer Assesorinnnenzeit festgelegt. Im Jahr 1952 wird sie dann zur Studienrätin ernannt.

Und sie wird 1959 Schulleiterin, indem man sie aus dem Status der Studienrätin gleich zur Oberstudiendirektorin befördert. Im Jahr 1971 bittet die inzwischen 59-Jährige um Dienstbefreiung für die Teilnahme an einem Seminar der Firma Nixdorf in Paderborn mit dem Thema »Einführung in den computergesteuerten Unterricht und die didaktische Programmierung«.

Im Juni 1991 spricht sie noch mit Ulrike Mietzner über ihre Tätigkeit beim »Ausschuss für verdrängte Lehrer«, einer Hilfsorganisation für geflüchtete Lehrkräfte. Mietzner verwendet die Auskünfte für ihr Dissertation »Enteignung der Subjekte – Lehrer und Schule in der DDR«. Am 3. Mai 1993 stirbt Lotte Eifert im Alter von 81 Jahren.

Dania Dittgens 2016 erschienene Dissertation »West-Berliner Lehrerinnen zwischen Kontinuität und Neuanfang« erinnert 23 Jahre später noch einmal an Lotte Eifert. Dittgen hat dafür sowohl die Personalakte als auch das GEW-Archiv ausgewertet. In der *April/Mai-bbz 2017* gibt es eine Besprechung des Buches: *www.gew-berlin.de/17832_18433.php*

Wer weitere Informationen oder Fotos von Lotte Eifert hat, melde sich bitte bei der Redaktion.

Klaus Will war lange Jahre geschäftsführender Redakteurt der blz (heute bbz)

FOTO: ADOBESTOCK/THAUWALD-PICTURES

»Ich bin eine von denen«

Eine Zeitzeugin erzählt Schüler*innen der Berliner Robert-Jungk-Oberschule von ihrem Überleben des Holocaust

von Joachim Zeller

»Ich bin eine von denen«. Mein Kollege und ich schauen verdutzt auf. Die Dame lächelt uns an. Wir kommen ins Gespräch. Sie sagt, sie würde es nicht allzu oft sehen, dass Leute sich über die hier in Wilmersdorf in großer Zahl liegenden Stolpersteine beugen, um die Inschriften zu lesen. Sie stellt sich vor und erzählt, eine Überlebende des Holocaust zu sein. Wir schauen gemeinsam auf einen der gerade erst vor dem Wohnhaus in der Emserstraße 19/20 neu verlegten Stolpersteine. Unter den dort erinnerten Juden und Jüdinnen, die entweder in Lagern wie Theresienstadt, Treblinka und Auschwitz ermordet oder zur »Flucht in den Tod« gezwungen wurden, erscheint auch eine Frau namens Gerda Bergmann. Ihr gelang im Jahr 1939 die Flucht nach Australien.

Und nun steht plötzlich jemand vor uns, der ebenfalls zu den wenigen Juden gehört, die den Nationalsozialisten entkommen konnten. Ich ringe um Fassung und frage die Dame, ihr Name ist Elisabeth Ostrowiecki, ob sie nicht bereit wäre, unsere Schule zu besuchen, an der ich als Geschichtslehrer arbeite. Sie müsse unbedingt in meiner Klasse von ihrem Leben berichten. Zu meiner großen Freude willigt sie ein und so kommt es tatsächlich zu einem Besuch an der Robert-Jungk-Oberschule, die nur einen Steinwurf weit entfernt liegt. Der Namensgeber Robert Jungk ist ebenfalls ein Überlebender des Holocaust gewesen. Als säkularer Jude entging er dem NS-Genozid in der Schweiz. Im Jahr 1942 hatte Jungk von den Deportationen und dem Massenmord erfahren und wollte sich deshalb sogar das Leben nehmen. Als Publizist, Zukunftsforscher, Umwelt- und Friedensaktivist sollte er später Berühmtheit erlangen.

»Die gesamte Familie hat den Krieg und die Verfolgungen überlebt.«

Einige Wochen später und nach einem Vorgespräch kommt Frau Ostrowiecki in meine 10. Klasse, in der wir uns gerade intensiv mit der Geschichte des Nationalsozialismus beschäftigen. Eine Recherche zu den Stolpersteinen in der Emserstraße gehört ebenso dazu, wie etwa ein Besuch in der Gedenkstätte Sachsenhausen in Oranienburg. Die Schüler*innen bilden einen Stuhlkreis und Frau Ostrowiecki nimmt den Ehrenplatz am Kopf der Runde ein. Was sie über ihr Schicksal erzählt,

erscheint unfassbar, nach allem was über die Verfolgung der Juden im »Dritten Reich« bekannt ist.

Geboren wurde sie im Jahr 1940 in Warschau, also während der deutschen Besatzung Polens. Ihre gesamte Familie hat den Krieg und die Verfolgungen überlebt, hebt sie eingangs hervor. Während ihr Vater nach Russland flüchtete, hätte ihr Großvater ihnen, also ihrer Mutter, deren Schwester, ihrer zwei Jahre älteren Schwester und ihr, gefälschte Pässe mit dem nicht jüdisch klingenden Namen Adamski besorgt. Damit konnten sich die beiden Frauen und die Kinder zunächst durchschlagen.

Sie fanden Unterschlupf bei einem polnischen Bauern. Doch nach einiger Zeit teilte der Bauer ihnen mit, dass im Dorf Gerüchte umhergingen, er habe jüdische Frauen versteckt. So müsse er sie bitten, seinen Hof zu verlassen, da sie bei ihm nicht mehr sicher seien. Den Kutscher, der sie zum Bahnhof fahren sollte, ermahnte der Bauer noch, der Mutter nicht ihren Pelz abzunehmen.

Am Bahnhof, wo sie auf irgendeinen Zug warteten, kamen dann zwei deutsche Wehrmachtssoldaten, die ihre Pässe überprüften. Sie schrien die Frauen an: »Ihr seid doch Juden!« Sie mussten mitkommen und in einer Baracke Kohlen schaufeln. An einem der nächsten Tage wollte der eine Soldat sie alle erschießen, was jedoch der zweite Soldat verhinderte. Nachdem sie schließlich gehen konnten, entschloss sich ihre Mutter, die beiden Mädchen in ein Kloster zu geben. Sie kamen in ein Nonnenkloster in der Nähe von Warschau, wo sie die Jahre bis Kriegsende unentdeckt überstanden. Ihre Mutter arbeitete in dieser Zeit in einer Lampenfabrik, während deren Schwester in die Höhle des Löwen ging, nämlich ins Deutsche Reich. In Gelsenkirchen fand sie Arbeit in einer Fabrik, in der Gewehre produziert wurden.

Wie sich die Familie nach dem Krieg wiedergefunden hat, kann Frau Ostrowiecki nicht mit Bestimmtheit sagen, vielleicht über den Suchdienst des Roten Kreuzes. Zunächst wohnten sie für vier Jahre in Wałbrzych bei Wrocław, bis sie in das völlig zerstörte und erst langsam wieder aufgebaute Warschau zurückkehren konnten. Im Jahr 1957 wanderten sie schließlich nach Israel aus, nachdem man ihnen unmissverständlich klargemacht hatte, dass die Juden jetzt einen eigenen Staat haben. Zudem war es in Polen auch noch in den Nachkriegsjahren zu antisemitischen Ausschreitungen und sogar zu Pogromen wie dem 1946 in Kielce gekommen.

»In Polen ist es auch in den Nachkriegsjahren noch zu antisemitischen Ausschreitungen und sogar zu Pogromen gekommen.«

Heute lebt sie in Tel Aviv, aber die Sommermonate über hier in Berlin, um bei ihren beiden Kindern zu sein. Auch ihr mittlerweile verstorbener Ehemann war ein Überlebender des Holocaust. In ihrer Familie wurde nicht sehr viel über die Vergangenheit gesprochen, das sei alles zu schlimm gewesen. Aus diesem Grund könne sie viele Dinge ihres Lebensweges in den Jahren vor 1945 leider nicht mehr genau rekonstruieren. So hat ihre Schwester vergeblich versucht, das Kloster bei Warschau ausfindig zu machen. In einem Kloster, in dem sie recherchierte, konnte sie den Namen Adamska, die weibliche Form des Namens Adamski, in den Akten nicht finden.

Nachdem sie den Bericht über ihre unglaubliche Lebensgeschichte beendet hat, sind die Schüler*innen erst einmal so betroffen, dass sie nur sehr zögerlich Fragen stellen. Sie wollen unter anderem wissen, ob die Verfolgung der Juden während der Nazi-Herrschaft in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis in Israel ein Thema sei, da doch der Holocaust ein zentraler Bestandteil der nationalen Identität des Landes sei. Ja, antwortet sie, ab und wann wird schon darüber gesprochen. Aber vor allem in den Schulen ist die Shoa, wie der Holocaust in Israel genannt wird, ein zentrales Thema. Dazu gehören auch Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz.

Warum haben wir überlebt und so viele andere Familien sind ausgelöscht worden, diese Frage treibt Elisabeth Ostrowiecki bis heute um. Eine Schülerin überreicht ihr zum Dank einen Blumenstrauß. Es war bestimmt kein Zufall, dass wir uns bei den Stolpersteinen kennengelernt haben, sage ich zu ihr, als ich mich verabschiede. Sie lächelt.

Joachim Zeller,
Geschichtslehrer an der
Robert-Jungk-Oberschule

Die Holocaust-Überlebende Elisabeth Ostrowski mit einer 10. Klasse der Robert-Jungk-Schule und deren Geschichtslehrer Joachim Zeller. Die beiden lernten sich beim Stolperstein betrachten kennen. *FOTO: GEW*

Der LAMA braucht dich!

von Guido Siegel

Der LAMA ist die Arbeitsgruppe der GEW BERLIN, die sich mit Migration, Diversität und Antidiskriminierung beschäftigt. Wir treffen uns einmal im Monat. Häufig laden wir Vereine oder Verantwortliche aus unserem Themenbereich ein, um uns zu informieren, mit ihnen zu diskutieren und Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten. Aus diesen Treffen sind zahlreiche kontinuierliche Kooperationen entstanden, wie zum Beispiel mit dem Flüchtlingsrat Berlin; dem yekmal e.V., einem Verein von Eltern aus Kurdistan in Berlin oder Solidarity City, einem Netzwerk, das dafür kämpft, dass alle in Berlin lebenden Menschen die gleichen Rechte bekommen.

In den vergangen Monaten bestand ein inhaltlicher Schwerpunkt unserer Arbeit in den Lehr- und Lernbedingungen der Willkommensklassen. Gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat und Jugendlichen ohne Grenzen haben wir einen Forderungskatalog erarbeitet und öffentlich mit den bildungspolitischen Sprecher*innen der Regierungsfraktionen diskutiert.

Wir setzen uns dafür ein, Barrieren abzubauen

Ein weiterer Schwerpunkt war die Forderung der Aufwertung von Herkunftssprachenunterricht. Für diesen Unterricht brauchen die Schulen Lehrkräfte mit herkunftssprachlicher Kompetenz. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die zahlreichen Barrieren, die Kolleg*innen mit ausländischen Qualifikationen den Zugang zum Berliner Schulwesen verwehren, abzubauen. Im Januar stehen die Wahlen zum Vorstand des LAMA an. Das ist die Chance für Kolleg*innen aus allen Berufsfeldern (Kita, Schule, Jugendhilfe, Uni und vielen weiteren) Teil des Leitungsteams zu werden und sich mit den Themen Migration, Antidiskriminierung und Diversität zu beschäftigen, die ja viel mehr umfassen, als bisher abgedeckt. Die Themenschwerpunkte richtigen sich dabei nach den Interessen der Aktiven. Besonders begrüßen würden wir es selbstverständlich, wenn Personen, die selbst negativ von Diskriminierung betroffen sind, ihre Erfahrungen, Interessen und Expertise einbringen.

Komm also zu unseren nächsten Treffen am 11. Dezember um 19 Uhr oder **am 15. Januar um 17 Uhr** in der GEW-Geschäftsstelle. Lern die Leute im LAMA kennen und engagier dich! Jetzt ist die Zeit zum Mitgestalten!

SUPERWAHLJAHR 2020

2020 ist das Superwahljahr für die GEW BERLIN. In der ersten Jahreshälfte formieren sich die Bezirksleitungen, Fachgruppen, Abteilungen und Gremien neu, um die künftige Bildungspolitik zu gestalten. Später folgen dann die Vorstands- und die Personalratswahlen. Mehr Informationen zu den GEW-Wahlen findet ihr in der kommenden Ausgabe der *bbz*.

Guido Siegel,
Mitglied im LAMA der GEW BERLIN

FOTO: ADOBESTOCK/CONTRASTWERKSTATT

Wer spielt mit mir?

Theater als Mittel gewerkschaftlichen Kampfes entdecken

von Thomas Kaepernick

Und wenn es Unterdrückung gibt, dann besteht auch die Notwendigkeit eines ‚Theater der Unterdrückten' – und das meint: eines ‚Theater der Befreiung'«, das schreibt Augusto Boal, der »Erfinder« dieses Theaters. Ich wünsche mir ein solches Theater als Mittel gewerkschaftlichen Kampfes, als Möglichkeit zu solidarisieren und die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Und ich möchte dort mitmachen.

Elternsprechtag an der Grundschule. Die ersten Eltern kommen zu ihren Terminen. Plötzlich ist Unruhe auf dem Schulhof. Ein Mann stellt einen Tisch auf, packt Unterlagen aus. Einige Eltern kennen ihn und grüßen etwas verwundert. Der Mann fängt an, in seinen Unterlagen zu arbeiten. Eine Frau kommt auf ihn zu und fragt, was er da mache. »Ich habe als Klassenlehrer etliches zu erledigen und bin bis jetzt nicht richtig an die frische Luft gekommen. Da erledige ich nun einigen Kram hier, bis die Eltern kommen, die können dann gleich mit mir hier sprechen. Dann habe ich frische Luft und schaffe meine Arbeit.« Eine andere Frau ruft, wenn der Lehrer so viel zu tun habe, müsse doch der Schulleiter helfen und die Aufgaben anders verteilen. Zustimmendes Gemurmel der Umstehenden. Ein Mann schlägt vor, vielleicht könne er die Elterngespräche mit Bewegung verbinden. Lachen ist zu hören, weitere Vorschläge werden gerufen. Elterngespräche anders.

Sprechstunde auf dem Schulhof

Das Beispiel ist ausgedacht. Aber so oder so ähnlich könnte sich Theater der Unterdrückten ereignen. Es kommt mit wenigen »eigentlichen« Akteur*innen aus und macht Zuschauer*innen zu Akteur*innen, gibt ihnen eine Plattform, sich mit dem Thema konkret auseinanderzusetzen. Ich möchte ausprobieren, wie Theater der Unterdrückten heute funktioniert. Dabei habe ich null Ahnung vom Theaterspielen, möchte es lernen, gerade auch in dieser Form. Vielleicht finde ich Menschen, die (professionelle) Erfahrung mit Theaterspielen haben. Wer ist bereit, das Experiment mit zu starten?

Bei einem ersten **Treffen am 21. Januar 2020 um 18 Uhr** im Raum 501/502 in der Ahornstraße können wir uns zunächst austauschen über Wissen, Wünschen, Wollen.

Thomas Kaepernick, Gruppenleiter Werkstatt für Menschen mit Behinderungen von Integral e.V.

FOTO: ADOBESTOCK/RAWPIXEL.COM

Widerstand gegen Berufsverbote

Durch den sogenannten »Radikalenerlass« waren auch die Westberliner Hochschulen unter Druck geraten. Schnüffelei, Verhöre bis hin zu Entlassungen waren die Folge. An der Technischen Universität gab es erfreulichen Widerstand

von Lore Nareyek

Nach dem Hochschulgesetz von 1969 bestimmte eine demokratische Hochschulverfassung mit Drittelparität auch die TU. Aktiv wurden neue Studiengänge zu aktuellen Themen vom ersten Präsidenten Alexander Wittkowsky vorangetrieben und die gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft in den Fokus gerückt.

Um diesen Einfluss zurückzudrängen, novellierte der SPD-geführte Senat im Dezember 1974 das Hochschulrahmengesetz und setzte über den Präsidenten eine Personalkommission, in der die Senatsvertreter*innen mit drei zu zwei die Hochschulvertreter*innen überstimmen konnten.

1975 kam es dann zum großen Eklat, als im Vorgriff auf die Abgeordnetenhauswahlen eine Wählerinitiative von 17 Beschäftigten der TU zur Wahl der SEW aufrief und zwei TU-Assistenten für die KPD kandidierten. Der Senat initiierte umgehend politische Überprüfungen im Sinne des Radikalenerlasses, der vorsah, politisch missliebige Kandidat*innen vom öffentlichen Dienst fernzuhalten oder bereits eingestellte Kolleg*innen mit disziplinarischen Ermittlungen bis hin zu Berufsverboten zu verfolgen. Wittkowsky stellte sich jedoch hinter die 19 Betroffenen und äußerte: »Die gegenwärtig praktizierte Überprüfung gefährdet die Demokratie und ist freiheitsfeindlich.« 600 TU-Angehörige protestierten sofort gegen den Einschüchterungsversuch des Senats.

Der Senat zog alle Register, strengte Disziplinarverfahren zur Entlassung von »Verfassungsfeinden« an. Man wehrte sich, ging vor Gericht, verlor zunächst. Die Personalkommission wollte nun Wittkowsky zur Entlassung von Assistent*innen zwingen, der ging in höhere Instanzen, begleitet von immer größeren Protesten und Demonstrationen. Schließlich urteilte das Oberverwaltungsgericht gegen die Entlassung der Unterstützer*innen für die SEW. Ein großer Erfolg! Allerdings hatten zwei KPD-Kandidaten leider keinen Erfolg, ein Vertrag wurde nicht verlängert, der andere gekündigt.

Ab dem **9. Dezember ist die Ausstellung »Vergessene Geschichte«** mit einer Erweiterung über die TU im Bereich vorm TU-Audimax (Straße des 17. Juni) zu sehen. Am Donnerstag, dem **12. Dezember, findet dort um 18 Uhr eine Diskussionsveranstaltung** im Hörsaal 0106 mit einem Vortrag von Prof. Dr. Kutscha und Betroffenen statt.

Heute ruft die AfD wieder zur Bespitzelung auf! Die Gefahr von Berufsverboten ist leider noch immer aktuell.

Wir freuen uns auf reges Interesse!

AG Berufsverbote der GEW-Berlin, AStA der TU Berlin

GESICHTER DER GEW

Liza Busch

... ist 25 Jahre alt und kommt aus Berlin. Sie arbeitet seit zwei Jahren als Erzieherin und ist seit einem Jahr im öffentlichen Dienst tätig.

Was regt dich zurzeit besonders auf?
Der Personalmangel und dass Erzieher*innen immer noch unterbezahlt sind. Außerdem wird zu wenig Haushaltsgeld zur Verfügung gestellt und Materialien sind veraltet.

Was würdest du an deiner Tätigkeit am ehesten ändern?
Ich würde mehr Personal einstellen oder den Personalschlüssel ändern. Der Beruf müsste attraktiver werden, zum Beispiel durch mehr Gehalt. Und es sollte für Erzieher*innen mehr kostenfreie Angebote, wie Bewegungsangebote oder Massagen, der jeweiligen Einrichtung geben.

Was gefällt dir an deinem Beruf?
Ich kann die Kinder in ihrer Entwicklung begleiten und unterstützen und sie zum Lachen bringen.

Drei Begriffe, die dir spontan zur GEW einfallen?
- Unterstützung der Pädagog*innen
- Streik
- Gemeinsam stark!

Was wünschst du dir von deiner Gewerkschaft?
Meine Gewerkschaft soll mich in Fragen oder Problemen beraten und mir zur Seite stehen. Außerdem sollte sie sich für uns Erzieher*innen so gut und so oft wie möglich einsetzen.

Das Geld reicht nicht für alle Schulen

Wie hoch sind die Mehrbedarfe der berufsbildenden Schulen bei der digitalen Mindestausstattung? Zwei GEW-Experten haben vorgerechnet

Von Roman George und Ansgar Klinger

Im Frühjahr 2019 hat die Bundespolitik mit einer Grundgesetzänderung den Weg frei gemacht für die Umsetzung des Digitalpakts. Dieser soll Bundesmittel im Umfang von fünf Milliarden Euro an die Schulen bringen, Länder und Kommunen geben mindestens zehn Prozent hinzu. So sollen die Schulen mit schnellem Internet, digitalen Präsentationsmedien und Endgeräten ausgestattet werden. Doch welche Bedarfe haben die berufsbildenden Schulen und wie unterscheiden diese sich von den allgemeinbildenden Schulen? Reichen die im Rahmen des Digitalpakts zur Verfügung gestellten Mittel überhaupt aus?

Antworten auf diese Fragen ermöglicht eine Studie, die wir im Rahmen der GEW-Initiative »Bildung. Weiter denken!« erstellt haben. Bei der Abschätzung des Bedarfs der berufsbildenden Schulen orientieren wir uns an der Methodik und an den Modellannahmen einer Studie von Wissenschaftler*innen der Universität Bremen. Sie gehen von Durchschnittskosten von 402 Euro pro Jahr und Schüler*in an einer idealtypischen allgemeinbildenden Schule der Sekundarstufe aus. Die zugrunde gelegten Modellannahmen sehen unter anderem die Ausstattung aller Klassen- und Fachräume mit modernen Präsentationsmedien sowie ein digitales Endgerät für jede Schülerin und jeden Schüler vor. Auch der IT-Support durch Fachkräfte findet Berücksichtigung.

Regelmäßige Fortbildungen sind unerlässlich

Wir übertragen diese Modellannahmen und die für 14 Einzelpositionen ausgewiesene Kostenschätzung, nehmen aber an einigen Stellen Anpassungen an die spezifischen Bedürfnisse der berufsbil-

FOTO: ADOBESTOCK/RAWPIXEL.COM

denden Schulen vor. So tragen wir beispielsweise höheren Lizenzkosten aufgrund berufsfeldspezifischer Software sowie einem höheren Aufwand für die pädagogische Koordination Rechnung. Außerdem ergänzen wir zwei weitere Ausgabenpositionen, die in der erwähnten Studie unberücksichtigt bleiben: dienstliche Endgeräte für Lehrkräfte sowie regelmäßige Fortbildungen. Dienstliche Endgeräte sind nicht zuletzt aus Gründen des Datenschutzes geboten. Damit die Möglichkeiten einer integrativen Nutzung der digitalen Medien für den Fachunterricht genutzt werden können, sind regelmäßige Fortbildungen unerlässlich. Darüber hinaus berücksichtigen wir auch, dass Berufsschüler*innen in der dualen Ausbildung weniger schulische Ressourcen binden. Im Ergebnis können wir mit jährlichen Durchschnittskosten in Höhe von 387 Euro pro Schülerin oder Schüler an der Teilzeit-Berufsschule rechnen. Für die vollzeitschulischen Bildungsgänge gehen wir von 470 Euro aus.

Anhand dieser Schätzwerte lassen sich die zu erwartenden Kosten unter Zugrundelegung der aktuellen Schüler*innenzahlen berechnen. Für die knapp 45.000 Schüler*innen, die in Berlin einen vollzeitschulischen Bildungsgang an einer berufsbildenden Schule besuchen, wäre für eine digitale Mindestausstattung ein Betrag von 21 Millionen Euro pro Jahr erforderlich. Für die 44.000 Schüler*innen, die im Rahmen einer dualen Ausbildung an den Lernorten Betrieb und in der Teilzeit-Berufsschule lernen, wären es 17 Millionen Euro. In der Summe ist für die berufsbildenden Schulen in Berlin pro Jahr mit Kosten von 38 Millionen Euro zu rechnen. Bundesweit ergibt sich so ein Bedarf von gut einer Milliarde Euro.

Darüber hinaus können wir auch abschätzen, welcher Anteil der Gesamtkosten auf die verschiedenen Kostenträger entfällt. In den Stadtstaaten kann, wie in den Flächenländern, zwischen den »äußeren« und den »inneren« Schulangelegenheiten unterschieden werden. Schulträger der öffentlichen berufsbildenden Schulen ist in Berlin aber – anders als in den Flächenländern – unmittelbar das Land, so dass beide Kostenblöcke bei diesem anfallen. Auch private Ersatzschulen werden von uns gesondert berücksichtigt. Wir gehen davon aus, dass auch die Unternehmen einen Anteil der Kosten tragen müssen: Digitale Endgeräte können inzwischen durchaus als unerlässliche Ausbildungsmittel verstanden werden, so dass im Kontext der dualen Ausbildung die ausbildenden Unternehmen für deren Anschaffung aufkommen müssen. Vom Gesamtbedarf entfällt mit knapp 23 Millionen Euro der Großteil auf die äußeren Angelegenheiten, die Kosten für die inneren Angelegenheiten können mit knapp drei Millionen Euro beziffert werden. Auf die ausbildenden Unternehmen kommen gut fünf Millionen und auf die Privatschulen gut sieben Millionen Euro.

Der Digitalpakt deckt nur ein Viertel ab

Mit unserer Bedarfsschätzung für die berufsbildenden Schulen lässt sich eine bestehende Forschungslücke schließen. Die erwähnte Studie der Universität Bremen ermöglicht eine Kostenschätzung nur für die allgemeinbildenden Schulen. Für diese wird ein jährlicher Bedarf von rund 2,8 Milliarden Euro kalkuliert. Unter Berücksichtigung der Kosten für die Fortbildung und die Ausstattung der Lehrer*innen mit dienstlichen Endgeräten lässt sich der Finanzbedarf der allgemeinbildenden Schulen für die Laufzeit von fünf Jahren auf 15,760 Milliarden Euro beziffern. Zusammen mit den 5,265 Milliarden Euro Bedarf der berufsbildenden Schulen ergibt sich eine Summe von rund 21 Milliarden Euro. Das bisher vorgesehene Volumen des Digitalpakts würde also lediglich ein Viertel des Gesamtbedarfs aller Schulformen abdecken oder – anders betrachtet – gerade ausreichen, um den Bedarf der berufsbildenden Schulen abzudecken.

Berlin erhält in der fünfjährigen Laufzeit des Digitalpakts rund 257 Millionen Euro an Bundesmitteln, die mit 10 Prozent Eigenmitteln kofinanziert werden müssen. So werden insgesamt gut 285 Millionen Euro mobilisiert, aufs Jahr gerechnet 57 Millionen Euro. Sollten mit diesen Mitteln die von uns geschätzten Bedarfe der berufsbildenden Schulen voll gedeckt werden, so verbliebe für alle allgemeinbildenden Schulen nur noch ein kläglicher Rest von 19 Millionen Euro. Offensichtlich sind die Mittel des Digitalpakts deutlich zu gering bemessen, um den Bedarfen aller Schulen und aller Schulformen gerecht werden zu können.

Mehr als digitale Endgeräte

Aus unserer Sicht müssen die Mittel aus dem Digitalpakt verstetigt werden, um den Schulträgern zu ermöglichen, sich den neuen Daueraufgaben im Zusammenhang mit der Digitalisierung von Schule zu stellen. Dabei geht es um weit mehr als die Ausstattung mit digitalen Präsentationsmedien und Endgeräten. Insbesondere zur Bereitstellung des technischen Supports durch IT-Fachkräfte besteht ein erheblicher Personalbedarf, denn diese Aufgabe kann und soll nicht von den Lehrkräften zusätzlich geleistet werden. Auch die von uns vorgesehenen Entlastungsstunden für Koordinatorinnen und Koordinatoren werden selbstverständlich personalwirksam. Nur mit qualifiziertem Fachpersonal und entsprechenden Fortbildungsangeboten können die Potentiale der Digitalisierung gehoben werden. ■

Roman George, Referent für Bildungspolitik der GEW Hessen, und Ansgar Klinger, Leiter des Vorstandsbereichs Berufliche Bildung und Weiterbildung im GEW-Hauptvorstand

Leistungsprinzip und Heimatliebe

Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen zeigen, dass die AfD im Begriff ist, sich fest im deutschen Parteiensystem zu verankern. Was es heißen könnte, sollte sie jemals Regierungsverantwortung bekommen, veranschaulicht unser Autor hier am Beispiel der Bildungspolitik

von Joshua Schultheis

In der taz-Ausgabe vom 2. Oktober spielt Philipp Rausch, bekannt als Gründer des Zentrums für politische Schönheit, ein düsteres Szenario durch. Man stelle sich vor, die AfD würde in der Bundestagswahl 2025 mit 33 Prozent aller Stimmen zur stärksten Kraft im Parlament gewählt: Obwohl sich alle anderen Parteien zu einer »Rettungskoalition« zusammenschließen, versinkt das Land im Chaos, gibt es bürgerkriegsähnliche Zustände auf den Straßen. Als auch Neuwahlen nichts an der Lage ändern, knickt zuerst die Presse und danach die CDU ein. Mit dem Rückenwind der wichtigsten Meinungsmacher*innen gehen die Christdemokrat*innen schließlich ein Bündnis mit der AfD ein. Der Faschismus ist wieder an die Macht gekommen, auf genau dieselbe Art wie schon 1933. Und so beschließt Philipp Rausch seinen Essay mit einer Beschwörung: »Die AfD darf niemals an einer Regierung beteiligt werden. Daran dürfen wir nicht einmal denken.«

Doch leider wird daran sehr wohl gedacht. Während sich nämlich die Bundespartei der CDU nach wie vor unzweideutig gegen die AfD als Koalitionspartnerin ausspricht, bekommt dieser Konsens auf Landesebene erste Risse. In Sachsen-Anhalt etwa verlieren einige CDU-Mitglieder, der ungeliebten »Kenia-Koalition« überdrüssig, zunehmend ihre Berührungsängste vor der AfD. Der Landtagsabgeordnete Frank Scheurell sagte unlängst, dass man mit allen demokratischen Parteien reden müsse und »dazu zählt auch die AfD«, und aus dem Kreisverband Harz kam ein Papier, in dem gefordert wird, dass die CDU zukünftig mit den Parteien koalieren solle, »mit denen die größten Schnittmengen vereinbar sind«. Diese bestehen in vielen Bereichen nicht mit Grünen oder Sozialdemokrat*innen, sondern mit den Rechtspopulist*innen. Das gilt auch für das Politikfeld, mit dem man sich auf Landesebene am stärksten profilieren kann: der Bildungspolitik. Wenn in den nächsten Jahren die wackeligen Dreier-Bündnisse in den ostdeutschen Bundesländern scheitern sollten, wäre eine Regierungsbeteiligung der AfD durchaus denkbar. Um sich auszumalen, was es hieße, wenn die Rechten wieder über unsere Bildungsinstitutionen bestimmen würden, braucht es jedoch nicht das Gedankenexperiment eines Künstlers. Es reicht ein Blick in die Wahlprogramme der AfD, um eine Ahnung davon zu bekommen, was uns dann blüht.

Die Programme der Bundes- sowie der Länder-AfD in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, die hier exemplarisch analysiert werden sollen, halten für die unbedarfte Wähler*in in Sachen Bildungs- und Wissenschaftspolitik einiges Unverfängliches bereit: Schulsanierungen, mehr Lehrkräfte, regionales Schulessen, Förderung ländlicher Kleinschulen, eine bessere Grundfinanzierung der Universitäten, größere Unabhängigkeit von Drittmitteln, mehr Festanstellungen im Mittelbau und so weiter. Wer an einer Uni oder Schule arbeitet, kommt kaum umhin, genau wie die AfD die Verschulung des Studiums oder eine verfehlte Inklusionspolitik zu beklagen. Die AfD legt den Finger dahin, wo es weh tut. Für die Schule heißt das: Fehlende Anerkennung für Lehrkräfte, eine blinde Technisierung der Schulen, abfallendes Leistungsniveau in den Gymnasien und die Geringschätzung aller Bildungswege, die nicht zum Abitur führen. Für die Hochschulen: Unterfinanzierung, schlechte Arbeitsbedingungen, überfüllte Hörsäle, die schlechte Bilanz der Bologna-Reform und die Entkernung der Humboldtschen Universitätsidee durch die Aufgabe der Einheit von Forschung und Lehre

Die AfD setzt, durchaus scharfsinnig, mit ihrem Bildungsprogramm an Defiziten an, die manch andere Partei in der Tat nicht wagt, mit derselben Drastik anzusprechen. Ihre vernichtende Diagnose einer »darbenden Bildung« mag für viele daher etwas Verführerisches haben. Die Maßnahmen aber, die die AfD daraus ableitet, lassen keinen Zweifel daran, dass ihre Bildungspolitik vor allem durch autoritäres Denken sowie rassistische und sozialdarwinistische Vorstellungen motiviert ist.

Die Antwort der AfD auf die steigenden Abiturquoten und voller werdenden Universitäten ist die Rückkehr des dreigliedrigen Schulsystems und der alten Diplom- und Magister-Abschlüsse, höhere Leistungsansprüche im Gymnasium sowie

FOTO: ADOBESTOCK/INKA

FOTO: IMAGO IMAGES / KARINA HESSLAND

Aufnahmetests als zusätzliche Hürde auf dem Weg zum Studium. Die Formeln hierzu lauten »Qualität vor Quantität« oder »Mut zu Leistung statt Akademisierungswahn«. Anstatt »Gleichmacherei« zu betreiben, sollen die Schüler*innen wieder gemäß ihrer individuellen Talente gefördert werden: das Studium soll nur noch für entsprechend »begabte und strebsame junge Menschen« offen stehen; für den größeren Teil der Schüler*innen hingegen, die »stärker praktisch als theoretisch begabt« sind, ist praxisorientierter Schulunterricht und eine Berufsausbildung vorgesehen. Der Umstand, dass »Inklusion« bisher vor allem als Vorwand benutzt wird, um durch die Zusammenlegung von Schulen Geld zu sparen, lässt die AfD nicht etwa kleinere Klassen und mehr Personal für die Regelschulen versprechen, sondern den Ausbau der Sonderschulen. Während so einerseits Kinder mit Behinderungen wieder aus den regulären Schulen verschwinden sollen, plant die AfD andererseits eine stärkere Förderung »Hochbegabter«. Die krude Begründung für ein derart hierarchisiertes Bildungssystem: »Schüler*innen haben ein Recht darauf, in einem nach oben und unten durchlässigen Schulsystem Erfolge und Niederlagen zu erfahren«.

»Die Bildungspolitik der AfD ist getrieben von naturalisierenden Vorstellungen von ›Veranlagungen und Begabungen‹ von Kindern und Jugendlichen.«

Die Bildungspolitik der AfD ist getrieben von naturalisierenden Vorstellungen von »Veranlagungen und Begabungen« von Kindern und Jugendlichen. Das größte Manko des aktuellen Schulsystems sieht sie darin, dass es den Menschen nicht mehr die Plätze zuweist, auf die sie »natürlicherweise« gehören. Deshalb befürwortet die AfD auch »uneingeschränkt das Leistungsprinzip«, demgemäß permanent ausgesiebt werden muss, wer nicht mithalten kann. In der Summe stellt das Programm der AfD nichts anderes dar, als die Zurücknahme der teilweisen Demokratisierung, die in unserem Bildungssystem in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat. Aus den Gymnasien und Universitäten sollen jene Bevölkerungsteile wieder verjagt werden, die gerade erst dabei waren, sich ihr uneingeschränktes Recht auf Bildung zu erkämpfen. Die Partei, die sich »in der Tradition der beiden Revolutionen von 1848 und 1989« wähnt, will am liebsten die Zeit dahin zurückdrehen, wo akademische Bildung noch ein Privileg der Wenigen war, in der Schule noch die »klassischen preußischen Tugenden« galten und niemand die »natürliche, ordnende Autorität« der Lehrkraft in Frage stellte.

Wohlgemerkt sollen in den Genuss dieses – der menschlichen Natur endlich wieder zu ihrem Recht verhelfenden – Schulsystems nur die deutschen Kinder kommen.

Für die Kinder von Geflüchteten und Migrant*innen hat die AfD etwas anderes vorgesehen. Es seien nämlich überhaupt erst »Massenimmigration und Familiennachzug«, die die Bildungsmisere in Deutschland zu verantworten hätten. Nicht nur würde dadurch der Lehrkräftemangel noch verschärft; es habe sich auch gezeigt, »dass diese Kinder, nicht zuletzt wegen ungenügender Sprachkenntnisse, dem Unterricht schlecht folgen können und dadurch einheimische Schüler*innen in ihrem Lernfortschritt behindern«. Während daher die Schule den eingeborenen Schüler*innen »Heimatliebe vermitteln« soll, gelte es, die Kinder der »weitgehend illegalen« Migrant*innen »auf das Leben nach der Rückkehr in ihr Herkunftsland vorzubereiten«. Am wenigsten Zweifel daran, wem deutsche Schulen offen stehen sollten und wem nicht, lässt die Thüringen-AfD um den ehemaligen Geschichtslehrer Björn Höcke: »Thüringen braucht keine bildungsfernen Migranten. […] Wir werden daher unmittelbar nach Übernahme der Regierungsverantwortung eine massive Abschiebungsinitiative starten.«

Geht es um die hiesigen Universitäten, beschwört die AfD gerne den Mythos Humboldt. Sich den »Licht- wie auch Schattenseiten« der deutschen Geschichte stets bewusst, fühlt sie sich bemüßigt zu betonen, dass aufgrund der Ideen des preußischen Reformers »Deutschland jahrzehntelang die weltweit führende Bildungs- und Wissenschaftsnation war.« Wegen der unfähigen Studierenden, der Bologna-Reform und »planwirtschaftlichen Zielvorgaben« (etwa Frauenquoten) sei das heute aber nicht mehr so. Um den deutschen Hochschulen zu altem Glanz zu verhelfen, soll es nun vor allem weniger Studierende geben. Nur vor diesem Hintergrund lässt sich das Versprechen der AfD verstehen, eine bessere Grundfinanzierung zu gewährleisten und die Drittmittelabhängigkeit zu verringern. Nimmt man die teilweise Öffnung der Universitäten zurück, die für viele die Chance auf einen gesellschaftlichen Aufstieg bedeutet, hat man genug Geld, um die so selektierte Elite großzügig zu finanzieren. Da Wilhelm von Humboldt für die Freiheit der Wissenschaft steht, sollen auch die Zivilklausen abgeschafft werden, setzen sie der Forschung doch Grenzen. Und weil Wissenschaftsfreiheit auch bedeutet, »frei von ideologischen Zwängen« zu sein, sollen außerdem die Lehrstühle für Gender Studies eingestampft werden. Bei der Vorstellung dieser Zurück-zu-Humboldt-Universität der AfD würde sich ihre unfreiwillige Gallionsfigur – man kann der AfD da durchaus Leichenfledderei vorwerfen – im Grabe umdrehen.

»Das größte Manko des aktuellen Schulsystems sieht die AfD darin, dass es den Menschen nicht mehr die Plätze zuweist, auf die sie ›natürlicherweise‹ gehören.«

In Sachsen wie in Brandenburg bahnt sich nach den Landtagswahlen eine Koalition aus CDU, SPD und Grünen an. Sachsen-Anhalt hat sie schon. Und die Wahlergebnisse in Thüringen machen ein Bündnis mit einer Mehrheit ohne die AfD praktisch unmöglich. Aller Voraussicht nach wird es also in fast allen ostdeutschen Bundesländern extrem instabile Regierungskoalitionen geben. Ohne Zweifel wird dann die Meinung, dass man das mit der AfD pragmatisch sehen müsse, nicht mehr nur von einigen CDU-Hinterbänkler*innen gepflegt werden. Ist dieses Tabu erst einmal gebrochen, wird sich vermutlich zeigen, dass CDU und AfD eigentlich ganz gut miteinander können. In der Bildungspolitik etwa ließe sich einiges gemeinsam anpacken: dreigliedriges Schulsystem, Vermittlung konservativer Werte im Unterricht, Segregation von Kindern, »die nicht ausreichend Deutsch sprechen«, wie es im Regierungsprogramm der CDU Thüringen heißt, Hochbegabtenförderung, weniger Akademiker*innen, Abschaffung der Zivilklausel. Selbstverständlich will die AfD noch deutlich weiter gehen als die CDU, begründet sie ihr bildungspolitisches Programm doch mit einem eindeutig rassistischen und verschwörungstheoretischen Weltbild. In der Sache aber sind für die Christdemokrat*innen die Schnittmengen mit der AfD viel größer als etwa mit den »linksradikalen Grünen«, wie es jüngst in einer Erklärung der Werteunion hieß.

Das Szenario eines rechts-außen Kultusministers in mindestens einem dieser Bundesländer muss also nicht, wie in dem Szenario von Philipp Rausch, ins Jahr 2025 verlegt werden. Auch wird die AfD dafür keine 33 Prozent benötigen. Die Wahlergebnisse, die die Alternative für Deutschland in den letzten Landtagswahlen eingefahren hat, reichen bereits aus und der Grundstein für eine Koalition mit der CDU wird heute schon von einigen Christdemokrat*innen und Rechtspopulist*innen von beiden Seiten gelegt. Man muss damit rechnen, dass der parlamentarischen Rechten bald nicht mehr nur Portale zur Denunziation von Lehrkräften oder Kleine Anfragen als politisches Gestaltungsmittel zur Verfügung stehen, sondern sie auch direkte Weisungsbefugnis über Schulen und Universitäten erhält. Anstatt diese Möglichkeit aus den Gedanken zu verbannen, gilt es jetzt darüber nachzudenken, wie unter solchen Bedingungen Widerstand aussehen könnte, wie sich in Schulen und Universitäten oppositionelle Strukturen stärken ließen und welche Möglichkeiten es für Schüler*innen, Lehrkräfte, Studierende und Dozierende geben wird, sich zur Wehr zu setzen. ■

Joshua Schultheis, Mitglied der bbz-Redaktion und Lehramtsstudent für Deutsch und Philosophie an der Humboldt-Universität

FOTO: IMAGO IMAGES/IMAGEBROKER

Der Lebensweg des Kurt Aron

Mindestens acht Kolleg*innen der heutigen Sophie-Scholl-Schule wurden im Nationalsozialismus verfolgt. Einer von ihnen war Kurt Aron

von Bodo Förster

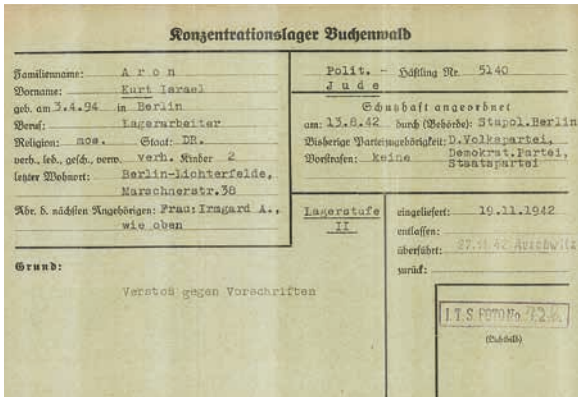
Kurt Aron wurde am 3. April 1894 in Berlin geboren. Er machte 1912 das Abitur am Askanischen Gymnasium und studierte anschließend in Freiburg, Berlin und München Griechisch, Latein und Geschichte für das Lehramt. Im Jahr 1918 bestand er in Berlin die Staatsprüfung und wurde nach zwei Jahren als Referendar Studienassessor. 1920 legte er in Erlangen seine Dissertation mit dem Titel »Beiträge zu den Persern des Timotheos« vor und gründete im selben Jahr einen Jugendverein für Gartenbau und Landwirtschaft.

Zunächst arbeitete Aron als Erzieher in einem Kinderheim der Jüdischen Gemeinde und trat dann 1932 in das Kollegium der Staatlichen Augusta-Schule in Berlin-Schöneberg ein. Diese wurde von der engagierten Schulleiterin Dr. Mayer-Kulenkampff geleitet, die 1934 den Eid auf Hitler verweigern sollte *(siehe bbz 03/18)*.

Aron war mit Irmgard, geborene Lachenauer, verheiratet, mit der zusammen er zwei Töchter hatte. Irmgard Aron war christlichen Glaubens, sodass ihr Mann in einer sogenannten »privilegierten Mischehe« leben konnte. Dennoch wurde Aron mit Ablauf des Schuljahres 1933 aus dem Schuldienst entlassen. Die rechtliche Grundlage dafür war der »Arierparagraph« des kurz zuvor verabschiedeten »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«, das es den Nationalsozialisten möglich machte, alle Jüdinnen und Juden aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen.

Nach seiner Entlassung arbeitete Aron zunächst an verschiedenen jüdischen Schulen, versuchte ab 1938 aber auszuwandern. Dies gelang nicht, da kein Staat bereit war ihn aufzunehmen. Also versuchte er so lange wie möglich als Lehrer zu arbeiten, und absolvierte noch einen Kurs zur Ausbildung als Werklehrer, der von der Jüdischen Gemeinde organisiert wurde.

Am 13. August 1942 wurde Arons Mutter Anna Tobia vom Anhalter Bahnhof nach Theresienstadt deportiert. Als Aron seiner Mutter noch etwas Proviant für die »Reise« mitgeben und von ihr Abschied nehmen wollte, wurde er von einem Gestapo-Mitarbeiter daran gehindert und zum nächsten Morgen in das Judenreferat der Gestapo in der Burgstraße 28 bestellt. Von dort aus wurde die Deportation von rund 55.000 Berliner Jüdinnen und Juden in den Tod organisiert, und hier befand sich auch ein sogenanntes Schutzgefängnis, in dessen Kellern Häftlinge gefoltert und ermordet wurden.


Konzentrationslager Buchenwald

Familienname: A r o n
Vorname: Kurt Israel
geb. am 3.4.94 in Berlin
Beruf: Lagerarbeiter
Religion: mos. Staat: DR.
verh., led., gesch., verw. verh. Kinder 2
letzter Wohnort: Berlin-Lichterfelde, Marschnerstr.38
Abs. d. nächsten Angehörigen: Frau: Irmgard A., wie oben

Polit. - Häftling Nr. 5140
J u d e
Schutzhaft angeordnet
am: 13.8.42 durch (Behörde): Stapol.Berlin
Bisherige Parteizugehörigkeit: D.Volkspartei, Demokrat.Partei, Staatspartei
Vorstrafen: keine

Lagerstufe II
eingeliefert: 19.11.1942
entlassen:
überführt: 27.11.42 Auschwitz
zurück:

Grund:
Verstoß gegen Vorschriften

I.T.S. 6070 Bo 7.2.4.
(Bahdell)

Am 14. August meldete sich Aron wie befohlen bei der Gestapo in der Burgstraße und wurde sofort verhaftet. Als Haftgrund wurde angegeben: »Verstoß gegen Vorschriften«. Er sollte nie mehr zu seiner Familie zurückkehren.

Was die Zeitzeugin Gertrud Kollinsky am 1951 in ihrem Gedächtnis-Protokoll über diesen Ort berichtete, wird den Erfahrungen Arons ähneln: »In Berlin musste sich mein Mann alle 14 Tage bei der Gestapo stellen. Im November 1939 wurde er in das Gestapo-Gebäude […] zur Arbeitsleistung herangezogen, was die Grundlage für seinen frühen Tod bedeutete. Die Arbeitsräume lagen 1 ½ Stock tiefer unter der Erde ohne Tageslicht, wo Ausländer*innen und Juden/Jüdinnen Arbeit verrichten mussten. Die Bezahlung bestand nur aus Verpflegung. Diese »Verpflegung« führte (…) und starb (…).«

Nach vier Monaten Haft wurde Aron am 19. November 1942 in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht und am 27. November 1942 weiter nach Auschwitz deportiert. Dort erhielt er die Häftlingsnummer 78586 und wurde am 3. Dezember 1942 im Häftlingskrankenbau Block 28 des Stammlagers Auschwitz I ermordet. An diesem Tag wurden insgesamt 64 kranke Häftlinge durch Phenolinjektionen getötet. Die auf den Totenbescheinigungen genannten »Herzlähmungen« waren fingiert.

Arons Frau und seine Kinder überlebten den Krieg. Irmgard Aron wohnte bis zu ihrem Lebensende im Jahre 1992 in Berlin-Steglitz. Die beiden Töchter wanderten nach Schweden aus.

ENTRECHTET & VERFOLGT In dieser Serie stellt die *bbz* Biographien verfolgter Berliner Lehrkräfte vor. Bestimmt gab es auch an deiner Schule solche Fälle aus dem Nationalsozialismus. Wäre das nicht ein Thema für den Unterricht? Schau doch mal in dein Schularchiv und schreibe uns: *bbz@gew-berlin.de*

FOTO: AROLSEN ARCHIVES

Malve isst nichts Rotes

Frühstück in der Kita »Muntere Mäuse«: Die drei- bis sechsjährigen öffnen ihre Brotbox. Am letzten Elternabend hat die Kita-Leiterin erklärt, was sie sich unter einem »gesunden Frühstück« vorstellt. Sie ließ auch Merkzettel mit bunten Lebensmittelpyramiden verteilen. In fünf Sprachen. Beim Blick in die erste Brotbox ist sie hoch erfreut: Rouven hat Vollkornbrot mit Frischkäse dabei, garniert von Möhrchen und Radieschen. Leider interessiert er sich mehr für Leanders klebrige Karamellbonbons. Shalina packt kalte Fischstäbchen mit Bratkartoffeln aus. Connor frühstückt Schokoladenkuchen und Damian Nudeln mit Zucker. In der Ecke sitzt eine Mutter und beobachtet alles angespannt. Nanu, die Eingewöhnungsphase ist doch für alle längst vorbei? Was macht die Frau hier? »Frau Korkmaz passt nur auf, dass Ayhan keine Schweinewurst isst«, erklärt Erzieher Winfried.

In der Küche steht eine weitere Mutter. Sie nimmt Erzieherin Katrin das Fläschchen aus der Hand und misst nach, ob es für ihr Baby auch die richtige Temperatur hat. Die Kita-Leiterin ist erbost: »Bitte verlassen Sie sofort die Küche. Wir haben strenge Hygiene-Regeln.« Im Rausgehen drückt die Mutter der Erzieherin noch eine Tupperdose in die Hand. Darin sind weich gekochte Pastinaken. Die Mutter ist eine fanatische Anhängerin der »breifreien Beikost-Bewegung«. Sie hat einen bewegenden Text auf ihrem Blog »Löwenmama« veröffentlicht. Darin wird hochdramatisch geschildert, wie schrecklich Fütterung mit Breipampe ist. Hingegen sind matschige Pastinaken hervorragend schon für kleinste Kinder geeignet, den eigenen Mund zu finden, die empfindlichen Geschmacksknospen zu entwickeln und die Kau- und Sprechmuskulatur zu stärken.

Kindliche Ernährung – ein hochbrisantes Thema, ein gefährliches Terrain. Hier treffen Ideologen und Fanatiker aller Art auf Fast-Food-Fans, Zuckerfreaks und freie Bürger: »Mein Kind darf essen, was es will!« Und die Kita-Köchin muss es ausbaden. Früher hatte sie in der Küche einen Merkzettel, der daran erinnerte, dass Leopold allergisch auf Erdnüsse reagiert. Mittlerweile hat sie eine ganze Plakatwand mit Informationen, welches Kind wie zu füttern ist: halal, koscher, vegan, vegetarisch, nur Bio, nur Schweinefleisch, gluten-, laktose- oder zuckerfrei. Keine Paranüsse für Mark-Aurel, keinen Lollo-Rosso-Salat für Clara, keinen Schokoladenpudding für Johannes, keinen Fruchtsaft für Katjana. Lina z.B. isst nur Gemüse, wenn es vorher nett in Form gebracht worden ist: kleine Rehe aus Kohlrabi, Schwäne aus Rettich, Blümchen und Fische aus Mohrrüben. Malve isst überhaupt nichts Rotes. Die Mutter hat ein Attest beigebracht, dass rote Lebensmittel bei ihrer Tochter zu schweren Hautirritationen führen. Das gilt allerdings nicht für Erdbeereis und Götterspeise. Emil isst nur kalt, weil sein Vater abends kocht. Damit Emil nicht neidisch aufs Kita-Essen schielen muss, verlangen die Eltern, dass seine Speisung in einem Extra-Raum stattfindet. Das möchten auch die veganen und vegetarischen Eltern. Ihre Kinder sollen auf keinen Fall durch den Anblick von Würstchen und Bouletten animiert oder traumatisiert werden. Eine ältere Aushilfe studiert die allergene Plakatwand in der Küche und meint trocken: »Den Kindern fehlt doch allen ne gesunde Portion Dreck. Wir haben früher im Kuhstall gespielt und waren immer kerngesund.«

Clara wird fünf und bringt selbst gebackene Muffins mit. Mit Zuckerstreuseln. Frau Fischer-Engel empört sich: »Es gibt so schöne Brokkoli-Muffins, ganz ohne Zucker. Dieses Zeug hier darf Tim-Jakob auf keinen Fall essen!« Tim-Jakob darf auch keinen Klacks Ketchup essen. Und schon gar nicht Gemüse aus Konservendosen. »Sehen Sie nicht, wie viel Zucker da drin ist?« Sie zeigt Erzieher Winfried vorwurfsvoll die Gläser mit den Maiskölbchen. Selbst im Heringssalat ist Zucker! Frau Fischer-Engel bietet an, für das Kita-Personal eine Fortbildung durchzuführen: »Zucker – unser größter Feind!« Dafür hat sie drei Pakete Würfelzucker erworben und stapelt anschaulich auf einem Tisch, wieviel Zuckerstücke sich allein in Nutella und in Kinderzahnpasta verstecken. Als in der Kita Kuchen gebacken wird, rieselt etwas Zucker auf den Boden. Unterm Tisch sitzt Tim-Jakob und leckt entzückt die Zuckerkörnchen auf.

Frau Fischer-Engel stürmt den Raum und rettet ihren Sohn gerade noch rechtzeitig vor sämtlichen Zivilisationskrankheiten. Sie sucht jetzt einen Platz in einer veganen und ernährungspolitisch korrekten Kita. *Gabriele Frydrych*

Die Autorin weigert sich hartnäckig, ihre satirischen Texte gendern zu lassen. Beschwerden bitte direkt an sie.

Leserinnenforum, *bbz November 2019*

Liebe Kolleginnen Susanne Schatewa und Melanie Siebert, ihr beklagt, dass ihr als LUK – Lehrerinnen nicht umstandslos auf die Gehaltsgruppe A13/E13 höhergruppiert wurdet. Just mir fehlt das Verständnis für solch ein Gejammer. Auch ich habe nicht das Gymnasium besucht, ich war einfach nicht fleißig oder noch nicht reif genug, mich hatten noch andere Dinge interessiert. Also habe ich mit circa 50 Prozent der Grundschulabgänger*innen die Oberschule Praktischer Zweig besucht und mit einem Hauptschulabschluss verlassen. Nach dreieinhalb Jahren Lehre habe ich einen Gesellenbrief mit Auszeichnung erhalten und während dieser Zeit drei Jahre lang eine Abendschule besucht. Damit erhielt ich dann die Fachhochschulreife und konnte auf eine technische Fachhochschule gehen. Mit dem Abschluss der Fachhochschule als Ingenieur, erhielt ich dann die allgemeine Hochschulreife und konnte Pädagogik studieren. Aus mehreren Gründen wählte ich das Fach Arbeitslehre Technik. Nach Studium und Referendariat war ich mittlerweile Ende 20 und verdiente mein erstes Lehrergehalt A12. Da ich dann schon einige Jahre Physik unterrichtet hatte, begann ich mit Mitte dreißig das Studium für ein zweites Fach, Physik. Nach dem Bestehen dieses zweijährigen Studiums bekam ich dann auch eine A13 Besoldung. Die GEW setzt sich ein für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit und gleicher fachlicher Kompetenz, und das ist auch richtig so. Wann das auch für LUK Lehrkräfte gewährleistet ist, muss für den Einzelfall geprüft werden. Jahrzehntelange Berufserfahrung sollte natürlich auch als Qualifikation gewertet werden. Aber Lehrer*in an der Grundschule heißt immer Einsatz von der ersten bis zur sechsten Klasse und nicht bis Klasse drei. Eine pauschale Anhebung ohne weitere Qualifikation erscheint mir daher nicht sachgerecht und die neuen Lehrkräfte für Grundschulen müssen sogar drei Fächer mitbringen. Da liegen dann in der Qualifikation fast Quantensprünge dazwischen zu denen, die erst seit Kurzem auf den Zug aufspringen wollen. Nicht, dass ich falsch verstanden werde, Grundschullehrkräfte mit einer vollen pädagogischen Ausbildung waren schon immer falsch eingruppiert. Aber ebenso waren LUK-Lehrkräfte schon immer auch stellenweise falsch eingesetzt. Aber daraus jetzt einen Anspruch abzuleiten, finde ich doch anmaßend unverschämt gegen viele, die sich diese Gehaltstufe mühevoll erarbeitet haben. Wir tun dem Ansehen des Lehrberufes nichts Gutes, wenn wir auf einen fachwissenschaftlichen Anspruch in der Ausbildung verzichten. Selbst die mit Misstrauen beäugten Quereinsteiger*innen können schon einen Masterabschluss vorweisen, bevor sie nach einer »Vorqualifizierungsphase« in eine mindestens zwei bis dreijährige Studienphase gehen. Soweit mir bekannt ist, standen LUK-Lehrkräfte auch Qualifizierungsangebote zur Verfügung, und einige haben sie auch genutzt. Es hätte allerdings Mühe gekostet und man hätte seine Kompetenz auf den Prüfstand stellen müssen. Einen Leserinnenbrief zu schreiben und die Gewerkschaft moralisch zu irritieren ist natürlich einfacher.

Ralf Schiweck

Ich möchte mich mit allen Kolleginnen und Kollegen solidarisieren, die seit dem Schuljahr 2016/17 helfen, die akute personelle Notsituation in den Berliner Schulen zu entlasten, jene, die seit über 20 Jahren ihren Job – Lehrer für die unteren Klassen – nicht ausüben durften und sich häufig sehr gefreut haben, dies nunmehr endlich wieder tun zu dürfen. In den beiden Schuljahren 2016/17 und 2017/18 durfte ich mit einer davon zusammenarbeiten. Sie übernahm eine dringend benötigte Klassenleitung in einer Jül 1-3 mit 26 Kindern an einer Weddinger Schule. Damit unterrichtete sie fortan die ganze Klasse in den Fächern Mathematik, Sachkunde, Kunst, Musik, Sport, sowie DaZ. Selbst die vermeintlich schwächsten Kinder begeisterte und förderte sie. Sie hat ein hervorragendes eigenes Classroom Management und weiß, dass sich Arbeit im Team nicht nur auszahlt, sondern auch selbstverständlicher Teil der Arbeit einer Lehrerin ist. So setzte sie sich jeden Freitagnachmittag mit ihrem Team zusammen. Dabei fragte sie regelmäßig nach Feedback, zeigte sehr gute Fähigkeiten im Bereich der Selbstreflexion und war sich nie zu schade, etwas zu Gunsten der Kinder weiterzuentwickeln, zu hinterfragen und zu verbessern. Zusätzlich schaffte sie es, in einer sehr herausfordernden sozialen Umgebung, eine Elternkooperation herzustellen, die ebenfalls erwähnenswert ist. Sie nahm sich Zeit für Hausbesuche, schrieb Förderpläne, pflegte Akten und legte die gewünschten Lerndokumentationen für die Kinder an. Ich fordere die Verantwortlichen auf, auch die sogenannten LUK-Lehrerinnen und Lehrer schnellst möglich fair (das kann dann nur ebenfalls E13 sein!) einzugruppieren, am besten rückwirkend zum 1.8.2019. Sie leisten die gleiche Arbeit – seit nunmehr drei Jahren – wie alle anderen auch. Sorgen Sie dafür, dass diese Kolleginnen und Kollegen uns erhalten bleiben und nicht (zum wiederholten Male) unfair behandelt werden. Wenn diese Kolleginnen und Kollegen den Schulen wieder den Rücken kehren, wäre das ein erneuter Rückschlag für die angespannte personelle Situation in den Schulen.

K. Wegener

Windsbraut und Hackepeter, *bbz November 2019*

Sehr geehrter Herr Gabriel Frydrych, vielen Dank für seinen Text in dem *bbz* November 2019. Das war mal nötig! Besten Gruß (nicht etwa dieser immer so furchtbar weiblich klingender Mehrzahl!)

Julian Kühner (eigentlich heiße ich anders, aber das klingt so weiblich. Und schließlich, wer braucht das schon, ich weiß ja, dass ich da-mit-gemeint bin)

Diskriminierungskritische arbeit gerät überall unter druck. das demokratie-leben programm wird zusammen gestrichen, selbstorganisationen fehlt die unterstützung, kritische studiengänge werden von afd-lern angegriffen …. und ihr habt nichts wichtigeres zu tun, als gabriele frydrych raum zu geben um sich übers gendern lustig zu machen? echt jetzt? guckt euch um, wer sonst so polemisiert und überlegt euch, ob das wirklich das horn ist, in das ihr blasen möchtet. von meiner gewerkschaft erhoffe ich mir das schaffen von räumen für gesellschaftskritische reflektionen.

Annette Kübler

Wer sind sie? Und was wollen sie? Schauspieler*innen auf einer Bühne: »Scheitern! Liebe! Hoffung!« im Theater Strahl

FOTO: JÖRG METZNER

➔ *Eberhard Seidel und Klaus Farin: »Wendejugend«, Verlag Hirnkost, 160 Seiten, 18 Euro*

THEATER

Musiktheater Atze baut für *»Rico, Oskar und die Tieferschatten«* ein ganzes Haus auf seine Bühne mit mehreren Etagen und seltsamen Bewohner*innen, unter die sich immer wieder die Atze-Musiker*innen mit ihren Instrumenten und ihrer Musik mischen. Inhaltlich geht es um seltsame Kinderentführungen, vor allem aber um die sich langsam entwickelnde Freundschaft zwischen zwei sehr unterschiedlichen Jungen – das berührende, szenisch wie musikalisch intensiv herausgearbeitete Herzstück der optisch opulenten Inszenierung *(ab 8, nicht nur für Jungen!).*

»Scheitern! Liebe! Hoffnung!« im **Theater Strahl** (Probebühne): im Titel zwei Hauptwörter (Substantive), ein Tuwort (Verb) – ist Scheitern eine Tätigkeit oder ein Ereignis? Auf der Bühne ein Musiker, ein Schauspieler, zwei Schauspielerinnen. Sie tun etwas, sie agieren, ausdrucksstark, nett anzusehen. Aber wer sind sie? Wo? Was wollen sie? Das bleibt ein Geheimnis, unklar bis zum Schluss – oder eine Trivialität: es sind agierende Schauspieler*innen auf einer Bühne. Das Publikum ist irritiert. Eine Kritik, die dem entsprechen würde, sähe wahrscheinlich so aus: »Ich sitze, tippe Buchstaben in meinen PC, sie ordnen sich zu Wörtern, Sätzen, einem Text, einer Meinung. Das ist es.«

von Hans-Wolfgang Nickel

BÜCHER

Die Scham der Frau

Drei Frauen begleiten uns in »Schamlos« bei der immer wieder aus verschiedenen Perspektiven gestellten Frage, welche Bedeutung das Tragen von Hidschab für wen hat und welche Rolle der gesellschaftliche Diskurs dabei einnimmt. Besonders die unterschiedlichen Zugänge der Autorinnen Amina Bile, Sofia Nesrine Srour und Nancy Herz, die ebenso Erfahrungsberichte von anderen Betroffenen in Interviews zusammengetragen haben, helfen dabei, die Frage multiperspektivisch aufzufächern. Unter dem Motto »Meine Freiheit: Das zu sein, was sie nicht wollen, das ich bin« verfolgen die norwegischen Autorinnen einen rassismus- und zugleich patriarchatskritischen Ansatz, ihre eigenen Erfahrungen mit gesellschaftlichen Normen ihrer islamgeprägten Sozialisation innerhalb Norwegens aufzuarbeiten. Die authentischen Kommunikationsformen fordern die Leser*innen förmlich dazu auf, sich am Diskurs zu beteiligen. Querverweise zur muslimischen Hauptperson Sana der norwegischen Serie »Skam« (norwegisch für Scham), die viele europäische Adaptionen hervorbrachte, unter anderem in Deutschland die viel beachtete Webserie »Druck«, eröffnen einen weiteren Rezeptionsrahmen. »Druck« war in der Sparte Kinder & Jugend für den Grimme-Preis 2019 nominiert.

➔ *Amina Bile/Sofia Nesrine Srour/ Nancy Herz/ Esra Røise: »Schamlos«, Gabriel 2019, 168 Seiten, 15 Euro, ab 12 Jahre*

Farriba Schulz, AG Jugendliteratur und Medien der GEW BERLIN

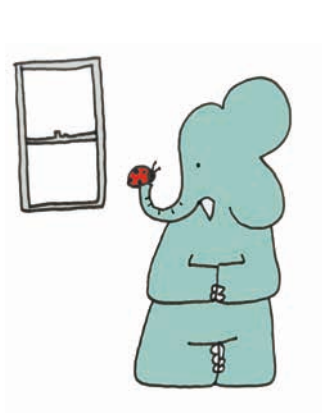
Wendejugend

Eberhard Seidel und Klaus Farin haben in den Jahren der Wende Jugendliche in Ostdeutschland und in den sogenannten »Einwandervierteln« des Westens interviewt und rechte wie linke Jugendliche an einen Tisch gebracht. Was sind ihre Ängste, was ihre Hoffnungen, wollten die Autoren wissen. Die Antworten sind von verblüffender Aktualität. Wer den Erfolg des Rechtspopulismus unter den heute 40- bis 55-Jährigen verstehen will, der muss sich das gesellschaftliche Klima vergegenwärtigen, unter dem diese Generation in den Jahren 1989 bis 1994 ihre politische Sozialisation erfahren hat. Wie reagieren Jugendliche in Ostdeutschland und in Berlin auf die Öffnung der Grenze, auf das Verschwinden der DDR und das Entstehen des neuen Deutschlands? Wie auf Entsolidarisierung und auf rechtliche und soziale Ungleichheit? Was bedeutet für sie Deutsch-Sein? Und gelingt es den deutsch-homogenen Jugendlichen des Ostens, mit den Jugendlichen unterschiedlichster Herkünfte des Westens klarzukommen? Um Antworten auf ihre Fragen zu finden, reisten die Autoren durch das neue Deutschland. Der Wendejugend kommt in Deutschland bis heute eine besondere Rolle zu. Diese Generation hat die Radikalität ihrer Jugendjahre mit ins Erwachsenenalter genommen. Aus ihr stammen die Wortführer von PEGIDA, die Mitglieder und das Umfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und die Altersgruppe der heute 40- bis 55-jährigen Ostdeutschen hat bei der Bundestagswahl 2017, der Europawahl und den Landtagswahlen 2019 am häufigsten die AfD gewählt.

Mein Andersopa

Nele hat zwei Opas – den von früher und ihren Andersopa. Ein Bilderbuch über Demenz, aus Sicht der Enkelin ermutigend und liebevoll erzählt. Opa ist Neles bes-

YOGA IN DER SCHULE: DER KÄFER (KONZENTRATION, TRAINIERT DIE AUGEN)



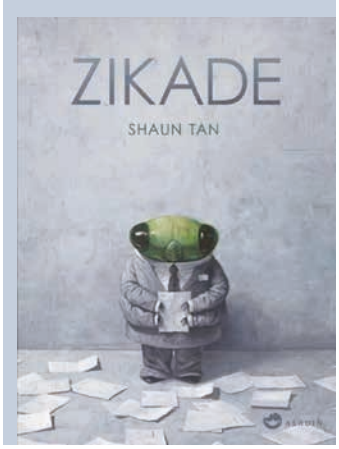
Stell dich ganz gerade und ruhig hin. Schau auf die Wand vor dir, stell dir vor, dort sitzt ein kleiner Käfer. Schau ihn dir genau an und beobachte, wie er herumkrabbelt. Wie groß ist er? Welche Farbe hat er? Welchen Namen würdest du ihm geben? Jetzt krabbelt er auf dich zu, läuft quer durch den Raum und setzt sich direkt vor dich hin. Er sieht dich und schaut dich genauso neugierig an, wie du vorher ihn. Unternehmungslustig wie er ist, fliegt er plötzlich los: Er breitet seine Flügel aus, hebt vom Tisch ab und fliegt direkt auf deine Nase. Da sitzt er nun. Ihr schaut euch tief in die Augen. Aber der kleine Kerl wird schon wieder unruhig, er will mehr von der Welt sehen. Er bewegt sich: Du fühlst die kleinen Käferbeine auf der Nase – merkst du, wie es ein bisschen kitzelt? Nun breitet er erneut seine Flügel aus und startet eine Entdeckungstour durchs Klassenzimmer. Er fliegt auf die Tafel, auf die Uhr, auf die Türklinke, auf das Lehrer*innenpult. Du verfolgst ganz genau mit deinen Augen, wie er im Klassenzimmer hin und herfliegt – siehst du ihn noch? Schließlich bemerkt der Käfer das offene Fenster. Er stoppt noch einmal kurz – ganz so, als wollte er sich verabschieden – bevor er dann durch das Fenster verschwindet. Gute Reise und bis bald, kleiner Käfer!

Rachel Brooker, info@turiya.berlin, www.turiya.berlin

Extra Buch
VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN
z.B. Geschichte, Politik, Literatur, Sprachen, Kunst, Bilderbuch, Kinder- & Jugendliteratur, Kreativ-Techniken, Lernhilfen, Psychologie, Wissenschaften, Berlin, Kochen, Reisebuch, Foto, Garten, Natur, Musik, Theater, Film...
Mehringdamm 66
10961 Berlin
(030) 789 51 797
extrabuch@t-online.de
www.extra-buch.de
Mo-Fr 10-20 Uhr • Sa 10-18 Uhr

➔ *Rolf Barth & Daniela Bunge: »Mein Andersopa«, Hanser Verlag, München 2018, 14 Euro, ab 5-7 Jahren*

ter Freund. Opa hat immer Zeit für Nele und gibt auf sie acht. Er ist ein feiner Herr mit weißem Hemd und Sakko, der stets den Hut hebt und freundlich grüßt. Mit Nele geht er gern spazieren und angeln, oder sie backen Kuchen und besuchen Oma auf dem Friedhof. Bis zu dem Tag, als Nele Opa unrasiert im Schlafanzug antrifft. Am helllichten Nachmittag! – Opa vergisst jetzt oft etwas, sogar Neles Namen. Und den Nachbar*innen streckt er manchmal die Zunge raus. Kann man denn da gar nichts machen? Ganz bestimmt, meint Nele! Auf jeden Fall will sie gleich morgen lernen, Krawattenknoten zu binden und Opa zu rasieren. Backen und auf ihren Andersopa aufpassen kann sie nämlich schon!



➔ *Shaun Tan: »Zikade«, Aladin Verlag, Stuttgart 2019, 32 Seiten, 17 Euro, ab 15 Jahren*

LesePeter im Dezember

Im Dezember 2019 erhält den LesePeter das Bilderbuch »Zikade«. Das sehr verstörende Bilderbuch für Jugendliche und Erwachsene mit dem geringen Textanteil bietet vielfältige Möglichkeiten zur Interpretation. Das trifft auf die Geschichte zu wie auch auf die beeindruckenden Bilder, die Stille und Ruhe und das Verhältnis von Mensch und Tier. Früher hätte mancher gar von »Untier« gesprochen.

AKTIVITÄTEN

PURPLE – Internationales Tanzfestival für junges Publikum

Die 4. Ausgabe des Internationalen Tanzfestivals für junges Publikum PURPLE findet vom 19. bis 26. Januar 2020 in Berlin statt. Ziel von PURPLE ist es, Kinder und Jugendliche für Tanz zu begeistern und auf zeitgenössische Performances neugierig zu machen. Das Festival wird am 19. Januar 2020 um 17 Uhr mit dem Stück »Hocus Pocus« der Schweizer Tanzkompanie Philippe Saire aus Lausanne und mit einem Grußwort vom Schirmherr Kultursenator Klaus Lederer eröffnet. Mit den Kooperationspartnern bietet PURPLE neben einem professionellen Bühnenprogramm für verschiedene Altersklassen ab zwei Jahren auch Werkeinführungen, Gesprächsformate und kostenlose Workshops für Schulklassen in Zusammenarbeit mit den beteiligten Künstler*innen an. Weitere Infos unter *https://purple-tanzfestival.de*

Literarisches und mediales Lernen im Deutschunterricht der Grundschule

Unterrichtsmodelle zu aktuellen Werken der Kinder- und Jugendliteratur. Veranstaltung am Arbeitsbereich Grundschulpädagogik / Lernbereich Didaktik Deutsch der Freien Universität Berlin (Habelschwerdter Allee 45, 14195 Berlin). Mit Berliner Kinderbuchautor*innen als Gästen. Die Veranstaltung wird geleitet von Prof. Gina Weinkauff und findet am 23.1.2020 von 15 bis 18 Uhr statt. Diese Veranstaltung ist als Lehrkräftefortbildung von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie anerkannt.

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
☎ 313 28 93, e-mail: DAPBerlin@t-online.de

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2020
- Achtsamkeitsbasierte Kommunikation
- Lampenfieber als Herausforderung
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Das Puppenspiel in der pädagogischen und sozialen Arbeit
- Unfaire Argumente parieren
- Kompaktseminar: Didaktik und Methoden

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

Coaching für Lehrer*innen
Beratung über Freud und Leid im Beruf
Einzelpersonen, Gruppen, Teams
Paul B. Schmidt
Lehrer und Coach
030 32602833
schmidt@lehrercoaching.info
www.coaching-für-lehrer.de

Klinik am Leisberg
Private Akutklinik
für intensive und persönliche Psychotherapie in freundlicher, unterstützender Umgebung
Von hier an geht es aufwärts!
Telefon: 07221/39 39 30
Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de

schulfahrt.de Klasse Reisen.
Klasse Reisen. Weltweit.
Klassen-Abschlussfahrt ... wir machen das!
Günstig und direkt buchen, viele **Superspartermine**, Freiplätze nach Wunsch

z. B. **Hamburg**
5 Tage inkl. Prog. mit Stadtrundfahrt
ab **85,– €**
Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde
Jetzt anrufen:
Tel.: 0 35 04/64 33-0
Fax: 0 35 04/64 33-77 19
Alle aktuellen Reisen auf www.schulfahrt.de

Supervision, Coaching, Beratung
Erfahrung seit über 20 Jahren in den Bereichen Schule und Erziehung
Hoferichter Supervision Berlin
Karena Hoferichter
Haydnstraße 4, 12203 Berlin oder
Marschnerstraße 12, 12203 Berlin
Telefon: +49 (0)171 32 13 804
Telefax: +49 (0)30 84 30 99 92
E-Mail: info@hoferichter-supervision.de
www.hoferichter-supervision.de
FiL
DGSv

Buttonmaschinen, Material und mehr:
www.shop.graph-druckula.de
Graph Druckula GmbH · Tel. 69401620 · Mo-Fr 10-17 Uhr

Ihre Farbanzeige in der bbz
Zum Beispiel Vierfarbdruck für nur 36,10 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«.
Tel. 030 - 613 93 60 oder info@bleifrei-berlin.de

MATERIALIEN

»forscher – Das Magazin für Neugierige«

Im neuen Heft geht es um Datenschutz, Algorithmen, Fake News und Schwarze Löcher. Was sind Daten? Was passiert mit ihnen im Internet? Wie trainiert man einen Algorithmus und was ist das überhaupt? Diese komplexen Fragen bereitet die neue Ausgabe von »forscher – Das Magazin für Neugierige« altersgerecht für Kinder und Jugendliche auf. Das Magazin richtet sich an Leser*innen zwischen acht und zwölf Jahren und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung herausgegeben. Mit einfachen Texten, aufwändig gestalteten Illustrationen und Infografiken weckt »forscher« das Interesse der Kinder und Jugendlichen für aktuelle Forschungsthemen und ruft mit den beliebten Mitmach-Seiten zum Miträtseln auf. Aktuelle Ausgaben lassen sich kostenfrei bestellen, als Einzelausgaben, Klassensätze und auch im Abo: unter www.forscher-online.de/bestellen oder per E-Mail an vertrieb@forscher-online.de

SENIOR*INNEN

*Die Veranstaltungen der Senior*innen sind offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste! Eintrittsgelder müssen selbst getragen werden. Wenn nicht anders angegeben, ist eine Anmeldung nicht erforderlich. Wenn du über die Angebote für GEW-Senior*innen auf dem Laufenden sein möchtest, schicke eine Mail an seniorinnen@gew-berlin.de*

Senior*innen Lichtenberg

Donnerstag, 12. Dezember 2019: Adventsfahrt nach Ribbeck. Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland – Jede*r kennt dieses Gedicht, aber kennt man auch den Ort? Nach einem Zwischenstopp in Groß-Behnitz, dem Gut der Familie Borsig, auf das wir einen Blick werfen, geht es nach Ribbeck. Zuerst tafeln wir im Schloss, erfahren bei einer Führung etwas über die Geschichte, sehen eine Ausstellung über Theodor Fontane an. Unser nächstes Ziel ist die »Alte Schule«, die wir nach einem Rundgang durch das Dorf erreichen. Ein Kaffeegedeck mit einer zünftigen Birnentorte erwartet uns dort. Kulturelle Höhepunkt ist eine Aufführung des Marionettentheaters zum Fontanejahr. Anschließend geht es durch das beleuchtete Berlin zurück. Kosten: 50 Euro pro Mitglied unserer GEW-Gruppe, 55 Euro pro weitere Teilnehmer*in. Abfahrt: 8.30 Uhr Einbecker Str. Ecke Weitlingstr., am U- und S-Bahnhof Lichtenberg. Rückkehr: gegen 19.30 Uhr. Anmeldung und Bezahlung bei Erich Juhnke Tel. 97 57 564 bei den Vorstandssitzungen und den Veranstaltungen; Kontakt: Barbara Schütz, Tel. 4 72 74 77

GEW-Singkreis

18. Dezember um 17 Uhr im GEW-Haus in der Kantine, Kontakt: Claudia Reuter, Tel.: 391 47 87 und Luis von Simons, Tel.: 692 86 39

GEW-Chor

8. Januar um 17 Uhr im GEW-Haus; Kontakt: Peter Sperling, Tel.: 28 43 25 02

SEMINARE

Eine Auswahl aus dem aktuellen Seminarprogramm der GEW BERLIN: Das gesamte Programm mit den Seminarbeschreibungen findest du online unter www.gew-berlin.de/seminare.

Koordinierende Erzieher*innen: Zwischen Praxisalltag und Leitungsaufgaben

Die Anforderungen an und Belastungen von koordinierenden Erzieher*innen im Schulalltag sind immer vielseitiger geworden. Auf der einen Seite steht die Koordination des Praxisalltags und auf der anderen Seite sind Leitungskompetenzen gefragt. In diesem Seminar geben wir einen Überblick über wesentliche Handlungsstrategien von Leitung und begleiten einen kollegialen Austausch zum praktischen Alltag.

*Für: koordinierende Erzieher*innen an Grundschulen*
Leitung: Kirsten Biskup, Ilona Semke-Braun
Kosten: keine, für Nichtmitglieder 50 Euro
Zeit/Ort: 10.1.2020, 9-16.30 Uhr, GEW [20-S-1002]

Podcasting für junge Gewerkschafter*innen

Was brauche ich und was muss ich können, um einen Podcast zu produzieren? Der eineinhalbtägige Workshop befasst sich mit Themenfindung, Sendekonzepten, unterschiedlichen Darstellungsformen und Produktionsplanung. Es geht um das Schreiben, Sprechen und Moderieren, den Umgang mit O-Tönen und Atmos sowie das Arbeiten mit Aufnahmegeräten und Schnittprogrammen.

*Für: neue GEW-Mitglieder, insbesondere junge GEW, Studierende, Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen an Hochschulen*
Leitung: Mandy Fox
Kosten: keine
Zeit/Ort: 10.-11.1.2020, 15-18 Uhr/10-16.30 Uhr, GEW [20-S-1017]

Anleiten im Praktikum

Die Anleitung von Praktikant*innen ist eine wichtige Aufgabe, die von den Erzieher*innen geleistet wird. Das Seminar gibt einen Überblick über die gesetzlichen Grundlagen sowie die Aufgaben und Pflichten der Anleiter*innen und der Praxisstellen. Die Verzahnung von Theorie und Praxis wird an aktuellen Beispielen thematisiert.

*Für: Erzieher*innen und Leiter*innen aus Kitas*
Leitung: Brigitte Holst-Oelke
Kosten: keine, für Nichtmitglieder 100 Euro
Zeit/Ort: 13.-14.1.2020, 9-16.30 Uhr, GEW [20-S-1006]

Bewegung und Lernen – Aufbaukurs Gleichgewicht

In diesem Seminar wird ein praxiserprobtes Programm zur Schulung des Gleichgewichts vorgestellt. Dem Gleichgewichtssystem kommt als »alles umfassendes Sinnessystem« für Denken, Lernen und die Entwicklung von Kompetenzen wie Schreiben und Rechnen eine Schlüsselrolle zu. Das Seminar baut auf Kenntnissen aus dem Kurs »Was hat Bewegung mit Lernen zu tun?« auf.

Für: pädagogisch Tätige aus Kitas und Grundschulen
Leitung: Helga Becker
Kosten: keine, für Nichtmitglieder 50 Euro
Zeit/Ort: 13.1.2020, 9-16.30 Uhr, GEW [20-S-1005]

So schaff' ich das! – Zeit- und Selbstmanagement für Lehrkräfte

Berufsanfänger*innen wie auch erfahrene Lehrkräfte fühlen sich oft gehetzt und überfordert angesichts der massiven Arbeitsbelastung. Hier ist gewerkschaftlicher Widerstand gefragt, aber auch eine gute Selbstorganisation. In diesem Seminar geben wir einen Überblick über Verhaltensweisen, die entlastend wirken können. Eng orientiert am Alltag von Lehrkräften bearbeiten wir u. a. folgende Themen: die Bedeutung der Lebensbalance, das Setzen von Prioritäten, systematische Schreibtischorganisation und Ablage, Selbstmotivation und Zeitmanagement-Methoden.

*Für: Lehrer*innen, Referendar*innen, Berufs- und Quereinsteiger*innen*
Leitung: Erdmute Safranski, Gabriele Schenk
Kosten: 50 Euro (erm. 15 Euro), für Nichtmitglieder 150 Euro
Zeit/Ort: 24.-25.1.2020, 9/10-16 Uhr, GEW [20-S-1010]

Umwelt- und Klimaschutz im Fachunterricht

Wie können Themen wie Ressourcenverbrauch (z.B. für Smartphones), Klimawandel und regenerative Energien, Konsumverhalten, gesunde Ernährung oder der »ökologische Fußabdruck« sinnvoll in den laufenden Fachunterricht integriert werden? Um die praktische Umsetzung des Themenbereichs »Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) / Lernen in globalen Zusammenhängen« zu erleichtern, werden die Grundlagen zur nachhaltigen Entwicklung übersichtlich vermittelt und BNE-Materialien und -Methoden für verschiedene Fachrichtungen der Teilnehmenden vorgestellt und gemeinsam erprobt.

*Für: Lehrer*innen (Sek I/II)*
Leitung: Pia Paust-Lassen
Kosten: keine, für Nichtmitglieder 50 Euro
Zeit/Ort: 30.1.2020, 9-16.30 Uhr, GEW [20-S-1015]

Studieren und dann promovieren?

Die Entscheidung für eine Promotion bedarf gründlicher Überlegungen und Planungen. Das Seminar soll euch bei folgenden Fragen helfen: (Warum) Möchte ich promovieren? Welche Finanzierungsmöglichkeiten gibt es? Wie finde ich ein geeignetes Thema für die Promotion? Und was ist bei der Suche nach einer Promotionsbetreuung zu beachten?

*Für: Studierende, Absolvent*innen, Promotionsinteressierte*
Leitung: Mechthild v. Vacano, Alexander Egeling
Kosten: keine, für Nichtmitglieder 60 Euro
Zeit/Ort: 14.-15.2.2020, 10-18, GEW [20-S-1016]

Anmeldung:
www.gew-berlin.de/seminare
Veranstaltungsort:
GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin (wenn nicht anders angegeben)
Kinderbetreuung:
Auf Antrag gewährt die GEW BERLIN Mitgliedern einen Zuschuss von 10 Euro pro Stunde zu den Betreuungskosten.
Barrierefrei:
Das GEW-Haus ist leider noch nicht barrierefrei. Bitte nehmt Kontakt zu uns auf.

Wir bezahlen deine Kinderbetreuung!

Mitglieder der GEW BERLIN bekommen ihre Kinderbetreuungskosten während Veranstaltungen oder Seminaren der GEW für Kinder bis zu 14 Jahren mit 10 Euro die Stunde bezuschusst.

Mehr Infos unter www.gew-berlin.de/14559.php

GRIPS

Die Lücke im Bauzaun

von Mehdi Moradpour und Vassilis Koukalani mit Liedtexten von Volker Ludwig und Ben Pavlidis
Für Menschen ab 6 Jahren

7. Dezember | 16 Uhr
9., 10. Dezember | je 10 Uhr

GRIPS
HANSAPLATZ 030 - 39 74 74 - 77 grips-theater.de

10. Dez	10.00 Uhr	**Vertrauensleutekonferenz Abt. Berufsbildende Schulen**
10. Dez	16.30 Uhr	**Pankower GEW-Stammtisch:** »Neuer Salon« der Kneipe »Brotfabrik«, Caligariplatz 1, M2 Prenzlauer Allee / Ostseestr.
10. Dez	18.00 Uhr	**Arbeitskreis LSBTI DGB Berlin-Brandenburg**
10. Dez	19.00 Uhr	**AG Schwule Lehrer**
10. Dez	19.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen**
11. Dez	17.00 Uhr	**AG Frieden**
11. Dez	19.00 Uhr	**LA Migration, Diversity und Antidiskriminierung**
12. Dez	16.30 Uhr	**AG Arbeitszeit**
12. Dez	16.30 Uhr	**Fachgruppe Erwachsenenbildung**
12. Dez	17.00 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**
12. Dez	18.00 Uhr	**Kita AG**
12. Dez	18.00 Uhr	**Fachgruppe Schulsozialarbeit**
13. Dez	17.00 Uhr	**Ladies First: Weihnachtstermin**
17. Dez	17.30 Uhr	**AG Quereinstieg**
18. Dez	14.00 Uhr	**Senior*innen/Junge Alte**
18. Dez	17.30 Uhr	**AG Lehrkräftebildung:** Veranstaltungsort: HU Berlin, Friedrichstr. 60, Raum 2.10

JAHRESAUSKLANG KITA-EIGENBETRIEBE

Wir möchten uns bei dir für das Jahr 2019 bedanken! Deshalb laden wir dich zu einer Jahresabschlussfeier für die Kita-Eigenbetriebe ein. 2019 ist viel passiert. Viele neue Kolleg*innen sind GEW-Mitglied geworden, auch sie wollen wir mit dieser Party willkommen heißen. Außerdem wollen wir uns bei den Personalräten für ihre beeindruckende Arbeit der letzten Jahre bedanken. Am **11. Dezember ab 17 Uhr** bei uns im GEW-Haus.

GEW-HAUS BLEIBT ZU

Die GEW-Geschäftsstelle ist vom **23.12.2019 bis 3.1.2020** geschlossen.

Die bbz-Redaktion wünscht entspannte und fröhliche Feiertage und alles Gute für 2020!

FOTO: ADOBESTOCK/DULIN

GEW-Haus | Ahornstraße 5 | 10787 Berlin (U-Bhf Nollendorfplatz)
Mo, Di, Do 9 bis 16 Uhr; Mi 9 bis 17 Uhr; Fr 9 bis 15 Uhr | Telefonsprechzeiten ab 10 Uhr
Tel. 21 99 93-0 | Fax. 21 99 93-50 | info@gew-berlin.de | www.gew-berlin.de
Persönliche Beratung in der Rechtsschutzstelle nur nach Vereinbarung: Tel. 21 99 93-0